KOLLEKTIVE VOICES

Einsamkeit überwinden – Demokratie stärken

Was junge Menschen von der Politik fordern







Inhalt

Vorwort	5
Die Forderungen im Überblick	6
Das KOLLEKTive Voices Weekend	8
Die Bereiche der Forderungen	10
Die Forderungen	13
Bildung (1–4)	14
Mentale Gesundheit (5–7)	19
Orte (8–11)	23
Demokratie (12–15)	29
Schlussbemerkung	34
Autor:innen & Projektträger	35
Über <i>Kollekt</i>	36
Literaturverzeichnis	38
Impressum	46

Mit Expert:innenmeinungen von:

- Aline Abboud
- Dr. André Berghegger
- Melanie Eckert
- Prof. Dr. Claudia Neu
- Prof. Dr. Matthias Quent
- Charlotte Schieren
- Özlem Tokyay
- Marina Weisband

Gefördert vom im Rahmen des Bundesprogramms

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Demokratie Leben!

Die Veröffentlichung stellt keine Meinungsäußerung des BMFSFJ oder des BAFzA dar. Für inhaltliche Aussagen tragen die Autorinnen und Autoren die Verantwortung.





Vorwort

as 21. Jahrhundert findet bisher im Dauerkrisenmodus statt. Von Wirtschafts-, Flüchtlings- und Energiekrisen, über Pandemien und Kriege bis hin zur anhaltenden Klimakrise schlittern wir von einer möglichen Notlage in die nächste. Vor allem jungen Menschen scheint dieser Modus zuzusetzen. Aktuelle Studien zeigen, dass sie immer negativer in die Zukunft blicken (Görtz & Langness, 2024; Schnetzer et al., 2024). Das wirkt sich auch auf die psychische Gesundheit eben dieser jungen Menschen aus. Mehr als die Hälfte aller 14- bis 29-Jährigen empfinden Stress, jede:r Dritte fühlt sich erschöpft, antriebslos und wird von Selbstzweifeln geplagt (Schnetzer et al., 2024). Während Krisenjahre, wie beispielsweise in Zeiten von Kriegen, früher dafür sorgten, dass Suizidraten sanken und die Gesellschaft zusammenrückte (Bauer et al., 2016; Rojcewicz, 1971), haben besonders die Coronapandemie-Jahre einen fast gegenteiligen Effekt ausgelöst, der als Vereinzelung beschrieben werden kann und bis heute bemerkbar ist. Ein Grund dafür ist, dass eine Vielzahl junger Menschen, die diese Krise in ihren prägenden Jahren der Pubertät durchlebten, etwas erfuhren, was ehemals Jungen bisher nahezu fremd war: Einsamkeit.

In keiner anderen Krise der Neuzeit waren junge Menschen so dezidiert von ihren Freund:innen und Altersgenoss:innen abgeschnitten wie während der Coronapandemie. Das unterstreichen die Langzeitdaten des Einsamkeitsbarometers des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ). Lag der Anteil an jungen Menschen, die von Einsamkeit betroffen waren, im Jahr 1992 noch bei 4,6 Prozent, schnellte der Anteil in der Pandemie auf 31,8 Prozent hoch und überstieg damit die Einsamkeitsbelastungen aller anderen Altersgruppen (Schobin et al., 2024). Mit dem ersten Lockdown stieg die Zahl sogar auf rund 40 Prozent an (Entringer, 2022).

Doch selbst nach Ende der Pandemie bleiben die Zahlen weiterhin auf ähnlich hohem Niveau (Steinmayr et al., 2024). Dabei zeigt unsere "Kollekt"-Studie "Extrem einsam?", dass Einsamkeit kein individuelles, sondern ein kollektives und sogar demokratisches Problem darstellt. Denn junge Menschen, die sich einsam fühlen, neigen eher dazu, antidemokratische Einstellungen zu vertreten. Gleichzeitig fühlen sie sich von der Politik nicht berücksichtigt und glauben nicht, sie mitzugestalten oder gar verändern zu können (Neu et al., 2023). Dadurch verstärkt sich das Gefühl, außen vor zu sein und nicht dazuzugehören.

Da junge Menschen jedoch die Zukunft unserer Gesellschaft bilden und als solche unsere Demokratie prägen werden, ist es essenziell, ihr Vertrauen zurückzugewinnen, sie mit einzubeziehen, Einsamkeitserfahrungen entgegenzuwirken und ihr demokratisches Mindset zu stärken. Um dies nachhaltig und zielsicher zu tun, ist es ratsam anzuhören, was lugendliche selbst für die relevanten Hebel halten, die in und von der Politik bewegt werden müssten. Die vorhandene quantitative Datenlage aus diversen Studien bietet hierfür Anhaltspunkte, die in der vorliegenden Publikation mit konkreten, qualitativen Forderungen von 22 ausgewählten KOLLEKTive Voices unterstrichen werden. Die 15 Forderungen, unterlegt mit Ideen, Inspirationen und Anhaltspunkten, bieten eine neuartige Darstellung der Bedarfe von Mitgliedern der jungen Generation in Deutschland.



Die Forderungen im Überblick

Wir fordern...



- **1.** ... gezielte Angebote für die praxisnahe Integration in schulisches
 Lernen.

 S. 14
- 2. ... eine konkrete Rechtsgrundlage für die Beteiligung aller Interessengruppen (Schüler:innen, Lehrer:innen, Eltern, usw.) an Bildungseinrichtungen durch ein Stimmrecht.

 > s. 15
- **3.** ... niedrigschwellige, gezielte und integrative Sprachangebote bei gleichzeitiger Würdigung von Mehrsprachigkeit.
 S. 16
- **4.** ... den Abbau von Vorurteilen und die Förderung von Wissen für alle durch eine max. 10-minütige TV-Sequenz zur "Prime Time", in der komplexe gesellschaftliche Inhalte barrierefrei erklärt werden. s. 17



- **5.** ... die Vorstellung und Bewerbung von bestehenden Hilfsangeboten von Organisationen zur Steigerung der mentalen Gesundheit.

 S. 19
- **6.** ... eine gesetzliche Regelung, wonach Bildungseinrichtungen psychologische Hilfsangebote bereitstellen beziehungsweise vermitteln müssen. ▶ s. 20
- 7. ... eine erhöhte und langfristig gesicherte staatliche Förderung von kostenfreien und niedrigschwelligen Gruppenaktivitäten von und für Jugendliche und junge Menschen.

▶ S. 21





- **8.** ... die staatliche Förderung von Orten, die inklusiv, altersunabhängig, kostenlos und jederzeit zugänglich für alle Menschen sind und die basisdemokratisch mitgestaltet werden.
 - ► S. 23
- **9.** ... einen Ausbau an gesicherten Orten, die Unterstützung für Menschen mit Diskriminierungs- und Gewalterfahrungen bieten.
 S. 24
- **10.** ... in jedem Landkreis Deutschlands öffentlich geförderte Lebenskompetenzzentren mit Räumlichkeiten für Seminare und Kurse.

 s. 25
- **11.** ... die staatliche Förderung generationenübergreifender Wohngemeinschaften zur wechselseitigen Unterstützung von Jung und Alt. S. 27



- **12.** ... von der Bundesregierung politische Maßnahmen zur Sensibilisierung, Toleranz, Offenheit und Abgrenzung gegen Rechts. ▶ s. 29
- **13.** ... einen jährlichen nationalen Aktionstag namens "Tag der Kulturen" für Empathie und Austausch.
 - ► S. 30
- **14.** ... eine politische Stärkung der Selbstbestimmung unter anderem durch die Änderung des Konsensbegriffs im Rahmen einer Reform des Strafrechts von "Nein heißt Nein" zu "Ja heißt Ja"! S. 31
- **15.** ... Zugang zu und Aufklärung über niedrigschwellige Teilhabeangebote in Deutschland. ▶ s. 32



Das KOLLEKTive Voices Weekend

V om 24. bis 26. Mai 2024 hat das Bundesprojekt "Kollekt" des Förderprogramms "Demokratie leben" junge Menschen aus ganz Deutschland im Alter von 14 bis 21 Jahren zu dem KOLLEKTive Voices Weekend nach Berlin eingeladen.

In Kooperation mit dem SV-Bildungswerk war es an dem Wochenende das Ziel, mit jungen Menschen zu sprechen, die wenig bis keine Berührungspunkte mit Politik oder politischen Beteiligungsformaten haben und möglichst vielfältige Lebensrealitäten einbringen.

Ausschlaggebend für die Auswahl der 22 Teilnehmenden waren die persönlichen Erfahrungen mit Einsamkeit. So wurden sie bei ihrer Registrierung für das Wochenende darum gebeten, von ihrem

Wohnorte der KOLLEKTive Voices

Werdegang, ihren Interessen und Erfahrungen zu berichten. Diese niedrigschwellige Bewerbung bot ihnen die Gelegenheit, dem Projektteam von besonderen Umständen, Hobbys oder Personen in ihrem Leben zu berichten, die sie persönlich geprägt haben. In einer weiteren Frage ging es konkret darum, ob bereits eigene Einsamkeitserfahrungen gesammelt worden waren. Das Ziel war hierbei, herauszufinden, ob dieses Thema die Teilnehmenden im Alltag, in der Schule oder bei Freizeitaktivitäten persönlich beeinflusst hat. Nachgeordnet wurde auf Alter, Wohnort und Geschlecht geachtet.

Basierend auf diesen Kriterien konnten wir aus elf der 16 Bundesländer unterschiedlichste Perspektiven gewinnen, wobei von den ostdeutschen Bundesländern Mecklenburg-Vorpommern und Thüringen vertreten waren. Die Geschlechter waren mit neun männlichen, zehn weiblichen und drei non-binären Teilnehmenden fast paritätisch vertreten und exakt 50 Prozent der Teilnehmenden waren minderjährig, während die andere Hälfte zum Zeitpunkt der Veranstaltung über 18 Jahre alt war. Mit mehreren Migrationsgeschichten in erster, zweiter und dritter Generation gelang es außerdem, kulturelle Diversität abzubilden.

Um die konkreten Bedürfnisse der Teilnehmenden im Kontext von Einsamkeitsprävention und Unterstützung bei Betroffenheit besser zu verstehen, lag der Fokus des ersten Tages des KOLLEKTive Voices Weekends auf den individuellen Erfahrungen der Teilnehmenden mit Einsamkeit. Über die Identifikation von Situationen, die Einsamkeit verstärken und verschiedenen Dimensionen von Einsamkeit sowie eine Diskussion zu ihren Ursprüngen und fehlenden Bewältigungstrategien, näherten wir uns der Entwicklung von konkreten Forderungen an die Bundespolitik.





Emilia Fester, MdB (2. v. l.), im Gespräch mit den KOLLEKTive Voices in Berlin

Basierend auf den Ergebnissen der Diskussion wurden am zweiten Tag in Kleingruppen Forderungen in folgenden vier Bereichen erarbeitet und formuliert:

- 1. Bildung
- 2. Mentale Gesundheit
- 3. Orte
- 4. Demokratie

Die Hintergründe und Verbindungen dieser Bereiche zu den Themenfeldern Demokratiestärkung und Einsamkeitsvermeidung werden im folgenden Kapitel erläutert.

Der Auftakt des Wochenendes wurde begleitet von Emilia Fester, MdB. Die Grünenpolitikerin und ehemalige Vorsitzende der Kinderkommission des Deutschen Bundestags berichtete den Teilnehmenden von ihrer bundespolitischen Arbeit. Dabei konnte sie eindrückliche Einblicke teilen und Inspirationen dazu mitgeben, welche Art von Forderungen in der deutschen Bundespolitik tendenziell umsetzbar sind, wie diese Umsetzung in der Praxis funktioniert und an welchen Stellen sie scheitern könnte. Sie stellte sich in einem Q&A auch jeglichen Fragen der jungen

Menschen zu ihrer eigenen Haltung, der aktuellen Situation in der Regierung und Gesetzgebungsverfahren. Als eine der jüngsten Stimmen in der deutschen Bundespolitik betonte Emilia Fester hierbei die Relevanz der Beteiligung junger Menschen in all diesen Prozessen.

Die insgesamt 15 Forderungen in dieser Publikation stammen aus den Gruppenarbeiten der 22 Teilnehmenden zwischen 14 und 21 Jahren, die sie in einer intensiven Gruppenarbeit erdacht, diskutiert und ausformuliert haben. Sie besitzen jeweils eine sehr unterschiedliche Detailtiefe und beziehen sich auf unterschiedliche Politikfelder. Im Nachgang der Ausarbeitung durch die KOLLEKTive Voices hat das "Kollekt"-Projektteam die Forderungen lediglich mit Beschreibungen des aktuellen Kontexts im Jahr 2024 und empirischen Ergebnissen gerahmt. Die Forderungen stammen damit ausdrücklich nicht von Mitarbeiter:innen des Bundesprojekts "Kollekt" oder des Progressiven Zentrums. Sie haben außerdem nicht den Anspruch, vollständig zu sein oder für alle jungen Menschen der Bundesrepublik Deutschland zu stehen.



Die Bereiche der Forderungen

unge Menschen in Deutschland sehen derzeit an vielen Stellen Handlungsbedarf. Allgemein blickt weniger als ein Fünftel von ihnen positiv in die Zukunft (Görtz & Langness, 2024; Schnetzer et al., 2024). Die größte Aussicht auf Verbesserung sehen sie in den Bereichen der mentalen Gesundheit und der eigenen Lebensstandards, während sie die größte Gefahr auf Verschlechterung in Bezug auf den Klimawandel und die Lebensstandards anderer Menschen sehen (Görtz & Langness, 2024). Spezifischer bereiten ihnen potenziell negative Entwicklungen der Chancengleichheit sowie der Lebenssituation älterer Menschen große Sorgen (Bepanthen-Kinderförderung, 2024). Sie zeigen also nicht nur großes Interesse an zukünftigen Entwicklungen ihres eigenen Lebens, sondern sind auch solidarisch mit anderen Generationen und nehmen mögliche Schwachstellen in deren Lebensrealität wahr. Am KOLLEKTive Voices Weekend identifizierten die Teilnehmenden mit Fokus auf Einsamkeitsprävention und der Stärkung der Demokratie die größten Baustellen der Bundespolitik in den Bereichen der Bildung, der mentalen Gesundheit, der Orte und der Demokratie. Im Folgenden wird auf die Relevanz der einzelnen Bereiche in der aktuellen Situation in Deutschland sowie die Zusammenhänge zwischen den Bereichen und der Thematik von Einsamkeitsprävention und Demokratiestärkung eingegangen.



Bildung stellt eine der relevantesten Weichen im Leben junger Menschen. Sie ist nicht nur ausschlaggebend dafür, welchen Beruf sie später ergreifen (können), sondern beeinflusst auch die Sozialisierung, Einstellungen und Denkmuster ganzer Generationen. Gleichzeitig ist der Bildungsgrad einer Person

nachweislich ein Risikofaktor für Einsamkeit (Neu et al., 2023; Schobin et al., 2024; Steinmayr et al., 2024). Eine Befragung der Bertelsmann Stiftung aus dem Jahr 2024 zeigt, dass das Gefühl von Einsamkeit mit steigendem Bildungsabschluss sinkt (Steinmayr et al., 2024). Auch das Einsamkeitsbarometer des BMFSFJ beschreibt Bildung als "signifikante[n] Faktor für die Resilienz gegen Einsamkeit" (Schobin et al., 2024, S. 53). Vom Bildungsgrad hängen also nicht nur Startchancen ab, sondern auch der mentale Zustand sowie der Umgang mit schwierigen (individuellen und kollektiven) Krisen – eine essenzielle Fähigkeit in Zeiten, in denen Krieg in Europa und Nahost, die Spaltung der Gesellschaft und der Klimawandel unter den fünf größten Sorgen junger Menschen sind (Schnetzer et al., 2024). Umso problematischer ist da der Blick, den junge Menschen auf die Schule und Bildungseinrichtungen allgemein haben: Laut der "Kollekt"-Studie "Extrem einsam?" stehen Schule und Universität bei den Befragten zwischen 16 und 23 Jahren auf Platz eins der unbeliebtesten öffentlichen Orte. Bei jungen Menschen, die von Einsamkeit betroffen sind, folgt auf Platz zwei die Ausbildungsstätte (Neu et al., 2023). Statt die persönliche Resilienz junger Menschen zu stärken, beeinträchtigen Bildungsstätten das Wohlbefinden negativ, so auch die Einschätzung junger Menschen selbst. Die Gründe hierfür sind bisher weitestgehend unerforscht, denn im schulischen Kontext werden häufig Leistungsergebnisse ausgewertet, jedoch kaum darüber hinausgehende Analysen gewagt (Schmitz, 2024). Dabei sehen 61 Prozent der jungen Menschen zwischen 12 und 16 Jahren Defizite bei der Bildung von Kindern und Jugendlichen, womit die Bildungsförderung in dieser Altersgruppe auf Platz drei der Handlungsbedarfe liegt – und gleichzeitig auf Platz eins der Aspekte, die für junge Menschen wichtig sind, damit für sie eine Gesellschaft als gerecht gelten kann (Bepanthen-Kinderförderung, 2024).



Somit ist es zeitgemäß und relevant, dass es für diesen Bereich konkrete Forderungen von jungen Menschen an die Bundespolitik gibt.



Mentale Gesundheit zählt derzeit zu einer der fünf größten Sorgen junger Menschen. 41 Prozent aller 18- bis 30-Jährigen beschäftigt das Thema laut einer Befragung der Bertelsmann Stiftung und mehr als ein Viertel von ihnen gehen "davon aus, dass sich ihre mentale Gesundheit in den kommenden Jahren verschlechtern wird" (Görtz & Langness, 2024, S. 12). Aktuelle Trends zeigen, dass diese Vermutung junger Menschen nicht abwegig ist: Stress, Erschöpfung, Hilflosigkeit und Suizidgedanken steigen in der Altersgruppe von 14 bis 29 Jahren an. Auch Depressionen, Angststörungen und Essstörungen haben bei jungen Menschen über die Pandemiejahre stark zugenommen (Schnetzer et al., 2024; Witte et al., 2023). Nicht nur in Deutschland, sondern weltweit sprechen internationale Organisationen von einer mentalen Gesundheitskrise, die besonders jüngere Generationen trifft (Coe, 2023). Gleichzeitig liegt die durchschnittliche Wartezeit auf einen Therapieplatz derzeit bei knapp fünf Monaten (Deutsches Ärzteblatt, 2024). Positiv zu bewerten ist jedoch, dass das Thema mentale Gesundheit in der Mitte der Gesellschaft angekommen ist. Lange als Tabuthema gehandhabt, wird es inzwischen in allen Bereichen - von Arbeit, über Politik und Privatleben - behandelt. Trotzdem haben junge Menschen das Gefühl, dass besonders das Thema Einsamkeit weiterhin stark stigmatisiert wird (Schwichtenberg et al., 2024). Da sie scheinbar in regelmäßigem Austausch und Kontakt mit Gleichaltrigen stehen, herrscht wenig Verständnis dafür, dass auch junge Menschen unter Einsamkeit leiden können. Dabei zeigen Zahlen des Statistischen Bundesamtes, dass junge Menschen zwischen 18 und 29 Jahren die Gruppe sind, die sich

am häufigsten einsam fühlen (Statistisches Bundesamt, 2024). Es ist daher von größter Relevanz, über die Thematik der Einsamkeit zu sprechen, wenn über mentale Gesundheit gesprochen wird, um die Entstigmatisierung weiter voranzutreiben und dafür zu sensibilisieren, dass junge Menschen – noch mehr als andere Altersgruppen – von diesem Gefühl betroffen sein können. Konkrete Forderungen für Maßnahmen zur mentalen Gesundheit und gegen Einsamkeitsgefühle sind eine logische Konsequenz der aktuellen Situation.



Das persönliche Wohlbefinden wird in erheblichem Maße von der Umgebung beeinflusst, in der man sich aufhält. In der "Kollekt"-Studie "Extrem einsam?" geben knapp 80 Prozent der befragten Jugendlichen an, einen Ort zu haben, an dem sie sich besonders wohlfühlen. Angeführt werden diese Wohlfühlorte mit großem Abstand vom eigenen Zuhause der Befragten (Neu et al., 2023). Andererseits kann fast die Hälfte aller jungen Menschen auch einen öffentlichen Ort





nennen, an dem sie sich unwohl fühlen. Blickt man hierbei lediglich auf junge Menschen, die von Einsamkeit betroffen sind, so steigt der Anteil auf 60 Prozent an (Neu et al., 2023). Auch das Einsamkeitsbarometer des BMFSFJ stellt fest, dass Einsamkeit mit regionalen Bedingungen zusammenhängt (Schobin et al., 2024). Dabei geht es nicht nur darum, ob an diesen Orten Infrastrukturen oder Grünflächen zur Verfügung stehen. Seit der Coronapandemie werden besonders auch die Begegnungsorte für junge Menschen immer weniger. Vielerorts fehlt es an frei zugänglichen öffentlichen Räumen für spontane und ungezwungene Treffen. Nicht selten sind diese Orte kommerzialisiert, bestimmten Gruppen vorbehalten, oder nicht für die spontane Nutzung geeignet (Deinet & Knopp, 2022; Räuchle & Berding, 2020). Längst haben rechtsradikale Akteur:innen diese Lücke in Deutschland erkannt und füllen sie gezielt aus, indem sie jungen Menschen genau diese Orte bieten. Die geschaffenen Orte dienen dann zur Rekrutierung junger Menschen und Verbreitung rechtsradikaler Ideologien (Krüger et al., 2022). Diesen Raumgewinnen entgegenzustehen ist schwierig und kräftezehrend (Quent, 2014). Daher ist es essenziell, den Ausbau öffentlicher Orte für junge Menschen aktiv voranzutreiben, um ihnen einen demokratischen Wohlfühlort bieten. Die konkreten Forderungen bieten Ansatzpunkte für die Umsetzung zur Prävention von Einsamkeit und Stärkung der Demokratie (Manthe, 2024).



Diverse Studien zeigen, dass knapp die Hälfte aller jungen Menschen ab 12 Jahren derzeit unzufrieden mit der Demokratie ist (Bepanthen-Kinderförderung, 2024; Görtz & Langness, 2024; Neu et al., 2023). Und obwohl junge Menschen reges Interesse an politischen Themen zeigen (TUI Stiftung, 2024; Vodafone Stiftung, 2024), haben sie nicht das Gefühl, von der

Politik berücksichtigt zu werden. So geben 78 Prozent der Jugendlichen zwischen 12 und 16 Jahren an, keinen Einfluss auf die Regierung zu haben und fast genauso viele (72 Prozent) sind der Meinung, die Politik würde sich nicht dafür interessieren, was sie denken (Bepanthen-Kinderförderung, 2024). Auch bei den Älteren zwischen 16 und 23 Jahren vertreten 74 Prozent die Meinung, sie könnten die Politik nicht beeinflussen und 61 Prozent stimmen der Aussage zu, die Politik vernachlässige die Perspektive ihrer Altersgruppe in den aktuellen Krisen (Neu et al., 2023). Mit diesem Ohnmachtsgefühl und dem Gefühl mangelnder politischer Selbstwirksamkeit sinkt auch das Vertrauen in die demokratischen Akteur:innen - und in das System selbst. So haben mehr als 30 Prozent aller jungen Menschen kein Vertrauen in die Demokratie beziehungsweise halten sie nicht für die beste Staatsform (Görtz & Langness, 2024; Neu et al., 2023). Des Weiteren vertrauen nur knapp ein Drittel der jungen Menschen derzeit dem Deutschen Bundestag und der Regierung, wobei nur jede:r Sechste politischen Parteien vertraut (TUI Stiftung, 2024). Sowohl die "Kollekt"-Studie "Extrem einsam?" als auch das Einsamkeitsbarometer des BMFSFJ stellen hierbei fest, dass Einsamkeit Auswirkungen auf das demokratische Mindset hat (Neu et al., 2023; Schobin et al., 2024). Bei jungen Menschen, die sich häufig einsam fühlen, ist die Wahrscheinlichkeit höher, dass sie Verschwörungstheorien Glauben schenken, politische Gewalt billigen und autoritäre Einstellungen haben (Neu et al., 2023). Folglich ist es für die Stärkung unserer Demokratie nicht nur wichtig, gegen Einsamkeit vorzugehen, sondern auch das Vertrauen junger Menschen in das System zu stärken, indem ihnen politische Selbstwirksamkeit zugesprochen wird.



Die Forderungen







Wir fordern gezielte Angebote für die praxisnahe Integration folgender Themenfelder in schulisches Lernen:



- Demokratische Werte und Wahlen (inkl. programmatischer und ideologischer Unterscheidung von Parteien)
- · Persönlichkeitsbildung und Krisenresilienz
- Medienkompetenzen
- Finanzwesen (Investitionen, Finanzierungen, Steuern und Abgaben)
- Jura und Recht
- Kulturen und Weltreligionen

chulisches Lernen umfasst neben dem Neuerwerb und der Abänderung von Wissen auch die Bildung sowie Veränderung von Einstellungen und Fertigkeiten (Leutner, 2021). Damit reicht es über das Absitzen von Unterrichtsstunden und Auswendiglernen von Jahreszahlen und Vokabeln hinaus. Schulisches Lernen hat zum Ziel, die Einstellungen, Überzeugungen und Werte ganzer Generationen zu stützen und so die Persönlichkeitsentwicklung junger Menschen zu begleiten (Krapp, 2010). Doch ein Großteil der jungen Menschen stellen der Schule in genau diesen Bereichen ein schlechtes Zeugnis aus. So glauben zwei Drittel aller Schüler:innen nicht, dass sie in der Schule relevante Fähigkeiten und Kenntnisse für ihre berufliche Zukunft lernen (Knoke & Wieland, 2023). Auch die Wissensvermittlung und Reflexion von Themen, die junge Menschen beschäftigen, wird bemängelt. So sehen lediglich 16 Prozent die Möglichkeit, in der Schule "aktuelle Themen zu besprechen und zu reflektieren" (Vodafone Stiftung, 2024, S. 19). Dabei wären Lehrkräfte die präferierten Ansprechpersonen zu Sorgenthemen junger Menschen wie der Inflation oder dem Krieg in Europa und Nahost, denn sie werden bei der Vermittlung aktueller Geschehnisse und politischer Inhalte als vertrauenswürdiger empfunden als Wissenschaftler:innen oder Politiker:innen. Nur die Familie und Freund:innen genießen mehr Vertrauen (Vodafone Stiftung, 2024). So ist es nicht verwunderlich, dass junge Menschen in der Schule über demokratische Werte und Wahlen,

Persönlichkeitsbildung und Krisenresilienz sowie Medienkompetenzen, Finanzwesen, Jura und Recht und Kulturen und Weltreligionen lernen wollen. Denn ein großes Bedürfnis junger Menschen ist es, bereits in der Schule ernst genommen zu werden - und das beinhaltet für sie das Erlernen zukunftsrelevanter Kompetenzen (Calmbach et al., 2024). Auch Expert:innen sind der Meinung, dass die Vermittlung von beispielsweise Demokratieverständnis und Medienkompetenzen unsere Demokratie stärken würde. Denn junge Menschen mit höherem Bildungsgrad glauben tendenziell seltener an Verschwörungstheorien, billigen weniger oft politische Gewalt, hängen seltener autoritären Einstellungen an - und sind seltener von Einsamkeit betroffen (Neu et al., 2023). Zusätzlich würde ein Erlernen und Diskutieren dieser Bereiche im schulischen Kontext zu einer Chancenangleichung bei jungen Menschen führen. Denn häufig fehlt beispielsweise Schüler:innen an berufsbildenden Schulen der Zugang zu politischer Bildung, wodurch sie weniger Kompetenzen wie Empathie, Resilienz und gemeinsame Problemlösung erlernen (Lachmann, 2022). Eine Ergänzung des schulischen Lernens um die geforderten Bereiche würde also zur Stärkung der Zugehörigkeit, der Selbstwirksamkeit und des demokratischen Mindsets junger Menschen beitragen.



2

Wir fordern eine konkrete Rechtsgrundlage für die Beteiligung aller Interessengruppen (Schüler:innen, Lehrer:innen, Eltern, usw.) an Bildungseinrichtungen durch ein Stimmrecht.



Warum Beteiligung in Schulen von Relevanz ist, erklärt die Politikerin und Publizistin Marina Weisband in ihrem Buch "Die neue Schule der Demokratie" folgendermaßen: Jeder Mensch hat von Geburt an das Bedürfnis, ihre:seine Umwelt mitzugestalten und zu verändern. Schon Babys schmeißen Bauklötze um, Kleinkinder malen auf Wände oder räumen Schubladen aus, um irgendetwas in ihrem Umfeld zu verändern. Dann kommen die jungen Menschen in die Schule und ihnen wird jeglicher angeborener Gestaltungswille abtrainiert. Denn Schulen sind in der Regel keine demokratischen, sondern geradezu autoritäre Einrichtungen, in denen von den Uhrzeiten, über die Fächer, die Art und Methodik des Lernens, bis hin zum Ziel, gute Noten zu erreichen, alles vorgeschrieben wird. Oft dürfen die Schüler:innen nicht einmal mehr entscheiden, wann sie auf die Toilette gehen oder ihren Hunger stillen. Die Hierarchien zwischen Lehrer:innen und Schüler:innen sind klar und belohnt wird, wer sich anpasst und das System nicht infrage stellt (Weisband, 2024). Folglich ist es nicht verwunderlich, dass lediglich neun Prozent aller

Lebensraum von Jugendlichen – der Schule – ist der zentrale Baustein in der Entwicklung als mündiger Mensch. Nur so kann sich im Aufwachsen die Rolle bilden: 'Ich bin nicht Konsument in dieser Gesellschaft, ich bin nicht Besucher und ich bin nicht Opfer; sondern ich bin Gestalter. Unverzichtbares Mitglied dieser Gesellschaft, das Verantwortung für sich und andere trägt.'"

"Die Beteiligung am wichtigsten

MARINA WEISBAND Publizistin und Gründerin "aula"

Schüler:innen der Aussage zustimmen, sie hätten die Möglichkeit, den Schulalltag mitzubestimmen, während 63 Prozent das nicht so sehen (Vodafone Stiftung, 2024). Dieser fremdbestimmte Alltag verändert die Einstellung junger Menschen dazu, welche Auswirkungen sie auf ihre Umgebung haben können. Marina Weisband beschreibt die Konsequenz als "erlernte Hilflosigkeit" (Weisband, 2024, S. 13). Wenn man zu lange in einer Umgebung war, in der man nichts verändern kann, beschreibt dieser Zustand eine fehlende Motivation dafür, seine Fähigkeiten dann zu mobilisieren, wenn man doch die Gelegenheit zur Veränderung bekommt. Je länger diese erlernte Hilflosigkeit anhält, desto kleiner wird die Motivation. Aufgehoben werden kann der Zustand durch das Erleben von Selbstwirksamkeit – beispielsweise in Form von Beteiligung (Weisband, 2024). Diese muss jedoch über die heutigen Schüler:innenmitvertretungen hinausgehen, die jungen Menschen primär zeigen, dass es egal ist, wen man wählt, weil die gewählten Repräsentant:innen nur selten tatsächlich etwas bewirken können (Freiwald, 2022). Daher sind auch das Ansehen der Kompetenzen sowie das Vertrauen in die gewählten Vertretungen häufig gering, wobei die Frustration über die Sinnlosigkeit dieser Beteiligung ansteigt (Calmbach et al., 2024). Aus diesem Grund sinkt unter Schüler:innen die Motivation für diese Form der Beteiligung. Eine ehrliche Beteiligung mit realem Gestaltungsspielraum würde nicht nur die Selbstwirksamkeit junger Menschen, sondern auch ihr Selbstbewusstsein und Wohlbefinden stärken (Calmbach et al., 2024). Als Regelstruktur, die von allen jungen Menschen durchlaufen wird, bietet die Schule den idealen Ort, um Demokratie nicht nur zu lehren, sondern auch zu erleben. Es braucht deshalb über die bestehenden Regelungen des Art. 12 UN-Kinderrechtskonvention und der



Schulgesetze hinaus eine praktische Bestimmung, um Schüler:innen genau diese Beteiligung zu ermöglichen. Dabei ist das Ziel nicht, die bestehende Beteiligung von Lehrer:innen und Eltern sowie anderen Akteur:innen im Ökosystem Schule zu verdrängen, sondern einen Einklang zu finden, in dem alle relevanten Gruppen eine Stimme erhalten und die der Anderen vernehmen. Damit würde nicht nur der

Beschluss der Kultusministerkonferenz von 2018 noch besser umgesetzt werden, wonach Ziel der Schule ist, "Teilhabe zu fördern sowie zur Übernahme von Verantwortung und Engagement in Staat und Gesellschaft zu ermutigen und zu befähigen" (Kultusministerkonferenz, 2018, S. 4). Es wäre auch ein erster Schritt, um Schulen von einem Unwohlfühlort in einen Wohlfühlort zu verwandeln (Neu et al., 2023).

3

Wir fordern niedrigschwellige, gezielte und integrative Sprachangebote bei gleichzeitiger Würdigung von Mehrsprachigkeit.



2022 hatte jede:r vierte Fünfzehnjährige in Deutschland Eltern, die beide nicht in Deutschland geboren wurden. Damit hat sich der Anteil an Schüler:innen mit Migrationshintergrund seit 2012 verdoppelt (OECD, 2023). Der Migrationshintergrund – und besonders mangelnde Sprachkenntnisse – stellen zu häufig Barrieren dar, die sich laut den Ergebnissen der PISA-Studie auf schulische Leistungen in Fächern wie Deutsch, aber auch Mathematik auswirken können (Anders, 2023; OECD, 2023). Gleichzeitig stellt dies junge Menschen nicht nur leistungstechnisch vor Herausforderungen, sondern aufgrund kultureller Unterschiede und vorhandener Sprachbarrieren auch zwischenmenschlich. Studien in Deutschland und anderen europäischen Ländern zeigen, dass es eine Verbindung zwischen Migrationserfahrungen und einem gesteigerten Gefühl der Einsamkeit gibt (Schobin et al., 2024). Sprachförderung durch Sprachangebote ist folglich auf diversen Ebenen relevant. Diese Relevanz erkannte im Jahr 2019 auch die Kultusministerkonferenz an:

"Bildungssprachliche Kompetenzen in der deutschen Sprache sind für alle Schülerinnen und Schüler die wesentliche Voraussetzung zum Lernen und für den Schulerfolg. Sie haben daher herausragende Bedeutung bei der Verbesserung der Chancengleichheit und Bildungsgerechtigkeit […] Die bildungssprachlichen

Kompetenzen – Lesen, Schreiben (auch Rechtschreiben), Zuhören, Sprechen – dienen der Persönlichkeitsentwicklung und bilden die Grundlage für erfolgreiches Lernen in Schule, in beruflicher Aus- und Weiterbildung oder im Studium. Damit ermöglichen sie die Teilnahme an demokratischen Aushandlungsprozessen und sind der Schlüssel zur gesellschaftlichen Teilhabe." (Kultusministerkonferenz, 2019, S. 2).

Doch trotz der gesellschaftlichen und demokratischen Relevanz, gibt es bis heute keine bundesweiten Regelungen, die durch Einbindung in schulische Regelstrukturen eine große Wirksamkeit entfalten könnten. Die Schulen bleiben auch nach dem Anstieg Geflüchteter 2015 und 2022 weiterhin weitestgehend auf sich selbst gestellt. Aus diesem Grund führte beispielsweise das Oberstufen-Kolleg Bielefeld eigenständig eine zusätzliche Klassenstufe ein, um zugewanderten Abituranwärter:innen eine sprachliche Vorbereitung zu ermöglichen. Den Lehrplan dafür schrieben sie selbst, die Unterstützung erhielten sie von Wissenschaftler:innen der Universität Bielefeld (Anders, 2024). Zwar gibt es in elf der 16 Bundesländer sogenannte Vorbereitungsklassen, doch Expert:innen halten diese Unterrichtsform mit Fokus auf Sprache aus verschiedenen Gründen nicht für sinnvoll. Ein zentraler Kritikpunkt: Es gibt kein Curriculum für diese Klassen. Des Weiteren leide



auch das Zugehörigkeitsgefühl innerhalb der Schulgemeinschaft darunter – sowohl bei Besucher:innen der Vorbereitungsklassen, als auch bei Schüler:innen des Regelbetriebs (Karakayali, 2018; Karakayali & Heller, 2020). Zudem entstehen diese Vorbereitungsklassen häufig, weil es im regulären Schulsystem an notwendigen Ressourcen mangelt – aufgrund fehlender Regelschulplätze durch Fehlplanungen, das Fehlen von Sprachbildungskonzepten, dem Mangel an qualifizierten Lehrkräften oder der Wahrnehmung von nicht Deutsch sprechenden Schüler:innen

als außergewöhnliche Herausforderung (Karakayali, 2018). Seit 2011 die erste Vorbereitungsklasse (damals "Willkommensklasse") startete, gab es insgesamt wenig Fortschritt (Karakayali et al., 2017). In einer immer diverser werdenden Gesellschaft und einem Land mit dem Anspruch, Zuwanderungsland für Fachkräfte zu werden sowie dem gesetzlich verankerten Grundrecht auf Asyl (Art. 16a GG) müssen für Sprachförderung an Schulen, aber auch darüber hinaus, geregelte Strukturen entwickelt und Möglichkeiten geschaffen werden.

4

Wir fordern den Abbau von Vorurteilen und die Förderung von Wissen für alle durch eine max. 10-minütige TV-Sequenz zur "Prime Time", in der komplexe gesellschaftliche Inhalte barrierefrei erklärt werden.



Junge Menschen in Deutschland sind allgemein an aktuellen Themen interessiert. Knapp zwei Drittel der 12- bis 19-jährigen hegen Interesse für das aktuelle Weltgeschehen, mehr als 60 Prozent interessieren sich für den Klimawandel und mehr als jede:r Zweite möchte über den Ukraine-Krieg informiert bleiben (Feierabend et al., 2023). Jedoch fühlen sich lediglich elf Prozent der jungen Menschen aller Altersgruppen und Bildungshintergründe sehr gut und mehr als jede:r Fünfte nicht gut über diese Themen informiert (Feierabend et al., 2023). Das limitiert junge Menschen nicht nur darin, sich eine eigene Meinung zu bilden, sondern auch darin, eine Wahlentscheidung zu treffen (Calmbach et al., 2024). Sie fühlen sich von der vierten Gewalt nicht ausreichend auf demokratische Partizipation vorbereitet. Denn trotz steigender Relevanz von sozialen Medien, sind unter anderem TV-Nachrichten bei jungen Menschen weiterhin der beliebteste Weg, um sich über das aktuelle Weltgeschehen zu informieren. So geben 54 Prozent der jungen Generationen an, sich täglich oder mehrmals pro Woche auf diese Weise zu informieren. Lediglich Gespräche mit der Familie sind beliebter (Feierabend et al., 2023). Dabei genießen sowohl die ARD Tagesschau als auch das ZDF großes Vertrauen. Sieben von zehn 18- bis 24-Jährigen vertrauen den Nachrichtenangeboten der Sender (A. Schulz, 2022). Laut Medienstaatsvertrag (MStV) sind die öffentlichrechtlichen Medien dazu verpflichtet, "die demokratischen, sozialen und kulturellen Bedürfnisse der Gesellschaft zu erfüllen" (Art. 26 Abs. 1 MStV). Dies gilt für junge Menschen genauso wie für alle anderen Generationen der Bevölkerung. Auch aktuelle Studien verdeutlichen, wie wichtig traditionelle Medienkanäle und insbesondere der öffentlich-rechtliche Rundfunk für das demokratische Verständnis junger Menschen sind (de Vreese & Boomgaarden, 2006; Schäfer & Schemer, 2023). Diese Medien sind entscheidend für die Vermittlung von tatsächlichem Wissen und der Förderung informierter Partizipation. So führt unter anderem der Konsum von TV-Nachrichten nachweislich zu einem Anstieg von faktenbasiertem Wissen und der Teilnahme an politischen Prozessen. Im Gegensatz dazu ist die Nutzung sozialer Medien mit einer politischen Partizipation verbunden, die auf einer sogenannten Illusion von Wissen basiert (Schäfer & Schemer, 2023). Folglich werden aufgrund von Nachrichtenkonsum auf Social Media tendenziell



"Als gern bezeichnete "vierte Gewalt" und "Beobachter der gesamten Gesellschaft" sollten die Medien noch mehr in die Pflicht

genommen werden und Verantwortung für diejenigen übernehmen, die keine Stimme haben. Deshalb macht es für mich total Sinn, durch eine max. 10-minütige TV-Sequenz zur "Prime Time" den Abbau von Vorurteilen und die Förderung von Wissen zu nutzen, in der komplexe gesellschaftliche Inhalte barrierefrei erklärt werden."

ALINE ABBOUD

Moderatorin der Tagesthemen

uninformierte politische Entscheidungen getroffen, die im Zweifel sogar einen antidemokratischen Charakter haben können. Hierbei besteht ein eindeutiger Zusammenhang zwischen dem Bildungsniveau junger Menschen und ihren Informationsquellen: Besonders Real- und Hauptschüler:innen neigen

dazu, Nachrichten eher auf TikTok oder Snapchat zu rezipieren als im Fernsehen oder in Zeitungen (Feierabend et al., 2023). Es braucht somit TV-Formate, die alle Menschen ansprechen und aktuelle Themen in möglichst leichter Sprache verständlich erklären, um junge Menschen in ihren demokratischen Einstellungen zu schärfen, politische Meinungsbildung zu erleichtern und relevantes Wissen zu vermitteln. So würde nicht nur die (politische) Selbstwirksamkeit junger Menschen gestärkt werden, sondern auch nachweislich das Engagement und die Beteiligung an demokratischen Prozessen (W. Schulz et al., 2010). Formate wie "KLIMA° vor acht" machen vor, wie diese Wissensvermittlung aussehen könnte: Es setzt sich dafür ein, dass statt "Börse vor Acht" in der ARD vor Ausstrahlung der Tagesschau auch über andere Themen – in dem Fall die Klimakrise – gesprochen wird (KLIMA° vor acht, 2024). Mit ihrem Jugendnetzwerk "funk" sowie Accounts auf allen einschlägigen Social-Media-Plattformen, die diese geforderten Sendungen im Nachgang teilen könnten, wären die öffentlichrechtlichen Medien bereits ideal auf die Einbindung und Umsetzung solcher Formate vorbereitet.





5

Wir fordern die Vorstellung und Bewerbung von bestehenden Hilfsangeboten von Organisationen zur Steigerung der mentalen Gesundheit.



aut dem AXA Mental Health Report 2024 geben vier von zehn jungen Menschen zwischen 18 und 24 Jahren an, psychisch erkrankt zu sein (AXA, 2024). 2021 stellten psychische Erkrankungen und Verhaltensstörungen die häufigsten Diagnosen bei der stationären Krankenhausbehandlung von 10- bis 17-Jährigen dar. Lag der Anteil hier 2011 noch bei 13 Prozent, so ist er mit der Pandemie auf 19 Prozent angestiegen (Statistisches Bundesamt, 2023). Seit der Coronakrise ist der psychische Zustand junger Menschen insgesamt so besorgniserregend, dass Expert:innen von einer "Mental-Health-Pandemie" sprechen (DAK-Gesundheit, 2023). Derzeit empfinden mehr als die Hälfte aller jungen Menschen von 14 bis 29 Jahren Stress, mehr als ein Drittel spricht von Erschöpfung und 17 Prozent fühlen sich in ihrer aktuellen Situation hilflos. Gleichzeitig geben jedoch nur elf Prozent der betroffenen Jugend an, in Behandlung zu sein (Schnetzer et al., 2024), während der Anteil an Personen, die psychischen Erkrankungen selbstständig und ohne professionelle beziehungsweise geschulte Unterstützung behandeln, immer weiter ansteigt (AXA, 2024). Dieser Rückzug und individualisierte Umgang mit psychischen Erkrankungen ist auch bei einsamen Jugendlichen weit verbreitet. So versuchen junge Menschen, die von Einsamkeit betroffen sind, ebenfalls häufig individuell einen Umgang und mögliche Bewältigungsstrategien zu finden. Drei Viertel der Betroffenen geben hierbei an, ihre Gefühle einfach zu ignorieren. Dabei empfindet die Mehrheit diese Strategie nicht als hilfreich (Neu et al., 2023). Die mangelnde Unterstützung aufgrund der Individualisierung hat zugleich weitere Auswirkungen auf den mentalen Gesundheitszustand junger Menschen. Ein Drittel der jungen Menschen mit Einsamkeitserfahrungen empfinden nach eigener Aussage großen Druck; mehr als die Hälfte erlebt einen Kontrollverlust in ihrem Leben (Neu et al., 2023).

Individualisierung und ausbleibende Unterstützung stellen folglich mit großer Wahrscheinlichkeit den Beginn einer Abwärtsspirale dar, die im Zweifel in Depressionen oder gar Suizidgedanken münden kann (Holt-Lunstad et al., 2015; Park et al., 2020). Besonders in Anbetracht des derzeitigen Fachkräftemangels im psychotherapeutischen Bereich, ist es essenziell, dass junge Menschen wissen, woher sie für die Übergangsphase oder in akuten selbstgefährdenden Momenten niedrigschwellig Hilfe bekommen können. Trotz der Vielzahl von bestehenden Angeboten (z. B. der Nummer gegen Kummer, krisenchat, Sorgenmail, uvm.) ist die Kenntnis junger Menschen darüber begrenzt. So empfinden es viele junge Menschen als schwierig, Informationen über psychologische Hilfsangebote zu finden (Schnetzer et al., 2023). Dabei ist es unter anderem eine zentrale Aufgabe der Bundesebene, mehr über

"Die Forderungen verdeutlichen, dass viele junge Menschen bei mentalen Belastungen oder Krisen nicht die notwendige Unterstützung erhalten – mit schwerwiegenden Folgen für unsere Gesellschaft und Demokratie. Das Problem ist vielschichtig, angefangen bei mangelnder Orientierung, wo Hilfe zu finden ist, bis hin zu einem unzureichenden Angebot. Es ist entscheidend, dass das Thema mentale Gesundheit in den Lebenswelten der Jugend, sowohl in der Schule als auch digital, präsent ist. Jetzt ist es an der Zeit, zu handeln und die Anliegen der Jugend ernst zu nehmen."

MELANIE ECKERTGründerin und Co-CEO *krisenchat*



mentale Gesundheit aufzuklären (Schwichtenberg et al., 2024). Eine aktive Bewerbung bestehender Forschungsangebote sowie Aufklärungskampagnen über die Arbeit von Organisationen in dem Bereich können dazu beitragen, das Thema weiter in die Mitte der Gesellschaft zu tragen und zu entstigmatisieren.



Wir fordern eine gesetzliche Regelung, wonach Bildungseinrichtungen psychologische Hilfsangebote bereitstellen beziehungsweise vermitteln müssen.



Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene stehen z. B. aufgrund der Coronapandemie, des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine, gestiegenen Lebenshaltungskosten und der Klimakrise unter anhaltendem psychischem Stress. Insbesondere die Coronapandemie brachte mit kurzfristigen Schulschließungen und der faktischen Stilllegung des öffentlichen Lebens einschneidende Lebensveränderungen mit sich und führte bei jungen Menschen zu höheren Einsamkeitswerten und dem vermehrten Aufkommen psychischer Erkrankungen wie Angststörungen und Depressionen (Deutscher Ethikrat, 2022; IMA, 2023). 2021 waren mehr als 70 Prozent der Kinder und Jugendlichen psychisch belastet (Ravens-Sieberer et al., 2021) und der Bedarf an Therapieplätzen war im Sommer 2022 48 Prozent höher als vor der Pandemie (Rabe-Menssen, 2022). Demgegenüber steht in Deutschland eine schulpsychologische Versorgung, die in jedem Bundesland unterschiedlich organisiert ist und weder im jeweiligen Schulgesetz der Länder detailliert geregelt noch praktisch flächendeckend umgesetzt wird. Nur 57 Prozent der Lehrkräfte schätzen die aktuelle psychosoziale Infrastruktur an ihrer eigenen Schule als ausreichend ein, wobei die höchsten Bedarfe an Schulsozialarbeit und -psychologie in Grundschulen sowie Förder- und Sonderschulen gesehen werden (Jude et al., 2024). Der Ethikrat beschreibt den "Mangel an zeitnah verfügbarer psychosozialer Prävention, Beratung, Unterstützung und Versorgung" für Kinder und Jugendliche als "besonders drängende[n] Notstand". Die bereits vor der Pandemie bestehenden

Versorgungsdefizite seien noch "erheblich größer geworden" (Deutscher Ethikrat, 2022, S. 4). Die bisherigen Initiativen des BMFSFJ wie das 2023 gestartete Modellprogramm "Mental Health Coaches an Schulen", das Fachkräfte finanziert, die Schüler:innen präventive Gruppenangebote unterbreiten und sie auf Wunsch an Hilfs- und Beratungsangebote vermitteln, oder die "Nummer gegen Kummer" als Ansprechpartner bei kleinen und großen Problemen bieten zwar geschultes Personal, können die bestehenden Bedarfe jedoch nicht decken. Es braucht deshalb eine entsprechende gesetzliche Regelung, wonach Bildungseinrichtungen psychologische Hilfsangebote bereitstellen beziehungsweise vermitteln müssen. Die Anbindung derartiger Angebote an Schulen bietet sich aus zwei Gründen an: Erstens sollen die Angebote für alle zugänglich sein, was durch die Anbindung an Regelstrukturen gewährleistet werden kann (IMA, 2023). Zweitens droht ohne eine klare Zuständigkeit der Schulen ein negativer Kompetenzkonflikt, in dem sich kein Akteur wirklich zuständig fühlt und dadurch junge Menschen durch das Raster fallen (Deutscher Ethikrat, 2022). Bereits 1973 verabschiedeten die Kultusministerkonferenz und die Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung Empfehlungen, wonach eine flächendeckende schulpsychologische Versorgung etabliert werden sollte (BDP Sektion Schulpsychologie, 2022). Zuletzt forderte die Interministerielle Arbeitsgruppe "Gesundheitliche Auswirkungen auf Kinder und Jugendliche durch Corona", dass "Hilfsangebote vor Ort in ausreichender Größenordnung



vorgehalten werden" müssen (IMA, 2023, S. 30) und der Deutsche Ethikrat, dass "[n]iedrigschwellige und flächendeckende schulpsychologische Angebote bzw. psychosoziale Unterstützungsangebote, z. B. durch qualifizierte Schulsozialarbeit [...] gestärkt und in den Schulalltag und das Schulkollegium als Regelangebot integriert werden [sollten]" (Deutscher Ethikrat, 2022, S. 5). Auch der Berufsverband Deutscher Psychologinnen und Psychologen hält einen "deutliche[n] Ausbau der schulpsychologischen Versorgung [... für] dringend erforderlich" und drängt auf "eine gesetzliche Verankerung der Aufgaben der Schulpsychologie

in den Schulgesetzen aller Bundesländer" (BDP, 2018, S. 6). Auch wenn die Rahmenbedingungen unterschiedlich sind, könnte beispielsweise Österreich als Vorbild für eine solche rechtliche Verankerung dienen. Dort wurde in § 18 Abs. 7 Bildungsdirektionen-Einrichtungsgesetz zentral festgelegt, dass "für Zwecke der pädagogisch-psychologischen Beratung sowie der Bereitstellung und Koordination der psychosozialen Unterstützung in den Schulen im Präsidialbereich der Bildungsdirektionen ein schulpsychologischer Dienst einzurichten ist".

1

Wir fordern eine erhöhte und langfristig gesicherte staatliche Förderung von kostenfreien und niedrigschwelligen Gruppenaktivitäten von und für Jugendliche und junge Menschen.



Verglichen mit vielen anderen psychischen Erkrankungen ist Einsamkeit bis heute stark stigmatisiert (Schwichtenberg et al., 2024). Deshalb fällt es Betroffenen oft schwer, um Unterstützung zu bitten. Auch das Annehmen von Angeboten, die sich spezifisch an sie richten, ist für viele junge Menschen mit Einsamkeitserfahrungen nicht leicht. Aufgrund des sogenannten "Turn-away-Effekts" ziehen sich Betroffene von Einsamkeit nicht nur sozial zurück, sondern wenden sich aus Scham auch aktiv von Unterstützungsangeboten ab, die explizit an sie gerichtet sind (Noack, 2024). Gleichzeitig wünschen sich besonders junge Betroffene niedrigschwellige, einsamkeitsunspezifische und kostenfreie Begegnungsangebote (Groos, 2024). Denn häufig richten sich Angebote wie beispielsweise Begegnungscafés eher an ältere Menschen, da jungen Menschen nachgesagt wird, ihnen stünden Begegnungsräume wie etwa die Schule zur Verfügung. Es ist jedoch nicht ausreichend, lediglich Begegnungsorte zur Verfügung zu stellen: Diese müssen aktiv mit Angeboten und Leben gefüllt werden, um jungen Menschen die Angst vor der Knüpfung neuer Kontakte

zu nehmen (Schwichtenberg et al., 2024). So stellt beispielsweise Großbritannien mit dem "National Youth Guarantee" jährlich 650 Millionen Euro für bedarfsgerechte außerschulische Freizeitangebote bereit. Auf diese Weise soll sichergestellt werden, dass alle 11- bis 18-Jährigen die Möglichkeit haben, an Aktivitäten außerhalb ihrer Familie und Schule teilzunehmen (Schwichtenberg et al., 2024). Auch Deutschland hat mit all den Jugendverbänden und -ringen ein gut ausgebautes Netzwerk für Jugendarbeit. Genau diese Organisationen bieten theoretisch die geforderten kostenfreien und niedrigschwelligen Gruppenaktivitäten von und für Jugendliche und junge Menschen. Doch seit der Coronapandemie stehen diese vor diversen Herausforderungen (Reisner & Ilg, 2022): So verzeichneten sie beispielsweise einen signifikanten Rückgang an ehrenamtlichen Helfenden, wodurch das Angebot teilweise stark heruntergefahren werden musste (Broda, 2023). Zum anderen mussten über die Pandemiejahre Bildungsoder Übernachtungsstätten schließen und konnten im Anschluss aus finanziellen Gründen teilweise nicht wiedereröffnen, weshalb die Infrastruktur der



"Die Forderungen der jungen Menschen spiegeln den hohen Bedarf an einem verlässlichen Angebot, in dem sie über Bedürfnisse, Gefühle und mögliche Ängste sprechen können. Die Fachkräfte im Programm *Mental Health Coaches* haben ein offenes Ohr und unterbreiten für Gruppen präventive Angebote zur mentalen Gesundheit, in denen psy-

chische Belastungen nicht stigmatisiert werden. Unsere Erfahrung ist: Schulen sollten stärker als bisher Ort der Prävention gegen psychische Erkrankungen und für eine nachhaltige Gesundheitsvorsorge sein. Das Modellprojekt *Mental Health Coaches* bietet niederschwellig Zugang für alle Kinder und Jugendlichen. Es sammelt – durch Fördermittel zeitlich begrenzt – an mehr als 100 Schulen wertvolle Erfahrung. Um Kindern und Jugendlichen ein gutes, gesundes Aufwachsen in Zeiten multipler Krisen zu ermöglichen, braucht es jedoch eine langfristige Grundlage sowie Kontinuität für ein Angebot, auf das junge Menschen vertrauen können."

ÖZLEM TOKYAY

Koordinatorin Mental Health Coaches | Bundesarbeitsgemeintschaft Katholische Jugendsozialarbeit e.V.

Jugendarbeit bis heute nachhaltig eingeschränkt ist (Reisner & Ilg, 2022). Über all dem herrscht eine sehr unsichere finanzielle Situation, sodass langfristige Angebote kaum gewährleistet werden können (DJO, 2023; Reisner & Ilg, 2022). Dabei wären genau diese Angebote mit dem Anstieg psychischer Erkrankungen bei jungen Menschen seit der Pandemie umso wichtiger. Der Kinderreport des Deutschen Kinderhilfswerks (DKHW) macht deutlich, dass eine finanzielle Aufstockung der Jugendarbeit auch entscheidend für die Demokratie in Deutschland ist, denn derzeit traut sich nur knapp jeder zweite junge Mensch zu, als Erwachsene:r Verantwortung für den Erhalt der Demokratie zu übernehmen (Hanke et al., 2024). Der Deutsche Bundesjugendring (DBJR) bezeichnet Jugendverbände als Werkstätten der Demokratie:

"[Sie] schaffen eine vielfältige und ganzheitliche Umgebung für persönliches Wachstum und soziale Teilhabe. Die gelebte Partizipation in Jugendverbänden ermöglicht es jungen Menschen, ihre sozialen Kompetenzen zu stärken, Verantwortung zu übernehmen und ihre persönlichen Interessen und Talente zu entdecken [...] Insbesondere fördern diese Erfahrungen in Jugendverbänden aber ein gestärktes Selbstwertgefühl und ein positives Selbstbild, was wiederum die psychische

Resilienz stärkt. Indem sie ihre eigenen Fähigkeiten erkennen und Selbstwirksamkeit erfahren, entwickeln sie ein größeres Vertrauen in ihre eigenen Bewältigungsfähigkeiten, was psychischen Belastungen entgegenwirken kann." (DBIR, 2023a, S. 9).

Um all diese wichtigen Entwicklungsaspekte langfristig sicherstellen zu können, fordern Jugendverbände eine bedarfsgerechte und dynamisierte Anpassung der Finanzierung des Kinder- und Jugendplans des Bundes (KJP). Diese dynamisierte Förderung ist nicht nur aufgrund der gestiegenen Kosten relevant, sondern auch, um in den derzeitigen Krisen die zusätzlichen Anforderungen – von Hygienemaßnahmen über mögliche psychologische Unterstützung – flexibel und situativ einplanen zu können (DBJR, 2024). Trotz Unterstützung von Bundesfamilienministerin Lisa Paus wurde das Vorhaben jedoch bisher nicht weiter konkretisiert (DBJR, 2023b), was die Forderung umso drängender macht.



8

Wir fordern die staatliche Förderung von Orten, die inklusiv, altersunabhängig, kostenlos und jederzeit zugänglich für alle Menschen sind und die basisdemokratisch mitgestaltet werden.



ehrere Untersuchungen zeigen einen Zusammenhang zwischen dem Vorhandensein von Nachbarschaftsstrukturen wie Grünanlagen, Bibliotheken, Cafés und Gemeinde- und Kulturzentren und dem Einsamkeits- und Isolationserleben der Bewohner:innen (Buecker et al., 2021; Lyu & Forsyth, 2022). Während sich in den USA beispielsweise in den am besten mit derartigen Strukturen ausgestatteten Wohngegenden 34 Prozent der Anwohner:innen einsam fühlen, waren es in schlecht ausgestatteten Gegenden mit 62 Prozent fast doppelt so viele (Cox et al., 2019). Durch die Coronapandemie haben viele solcher Strukturen in Deutschland stark gelitten – Kulturzentren mussten ebenso schließen wie Bibliotheken. Dazu kommt, dass die Schaffung und Instandhaltung solcher Strukturen selten auf den Prioritätenlisten der Kommunen stehen (Körber-Stiftung &

Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung, 2023). Bereits die "Kollekt"-Studie empfiehlt deshalb, dass die Politik die Bedeutung öffentlicher Räume und Wohlfühlorte für die Einsamkeitsbekämpfung stärker anerkennt und mehr von diesen schaffen sollte (Neu et al., 2023). Das Konzept des dritten Ortes, das Ray Oldenburg in seinem Buch "The Great Good Place" (1989) entwickelt hat, hilft besser zu verstehen, was genau diese Orte auszeichnet und wie sie ausgestaltet werden können. Er beschreibt damit öffentliche Orte jenseits des familiären Umfeldes und des Ausbildungs- oder Arbeitsplatzes beziehungsweise der Schule, in denen der Konsum nicht an erster Stelle steht, sondern Menschen ohne einen bestimmten Zweck zu verfolgen einfach "da sein" können. Das heißt ganz basal, dass die Orte möglichst häufig und leicht zugänglich, sicher, überdacht und

"Selbst nach vielen Jahren der Forschung in ganz unterschiedlichen Gemeinden hat es uns als Forscher:innen im gerade zu Ende gegangenen Projekt *ENKOR* (Engagement-konstellationen in ländlichen Räumen) überrascht, wie wenig Beachtung Kinder und Jugendliche auf dem Land finden. Oft wussten unsere Befragten nicht einmal, wo sich Kinder und Jugendliche im Dorf eigentlich treffen. Natürlich gibt es auf den Dörfern fast überall ein reges Vereinsleben bei der Freiwilligen Feuerwehr oder dem Fußballverein. Auch wenn hier längst viele Mädchen mitmachen, sind dies doch eher Orte für Jungs. Alternative Angebote wie Theatergruppen, Buchclubs oder Tennis fehlen schlichtweg in vielen ländlichen Gemeinden. Kinder und Jugendliche haben selten eigene öffentliche Räumlichkeiten zur freien Verfügung, die sie als Kreativraum oder als Rückzugsort nutzen können. Wir wissen aus der Einsamkeitsforschung, dass fehlende Orte der Begegnung und der Freizeitgestaltung das Risiko erhöhen, einsam zu sein. Daher unterstütze ich die Forderungen der Jugendlichen nach mehr öffentlichen Räumen ganz deutlich, denn Soziale Orte sind nicht nur Freizeiträume, sondern Gelegenheitsstrukturen zur Kommunikation, zum Aufbau von Freundschaften und Vertrauen, zum Aushalten von Konflikten – alles wichtige Voraussetzungen eines demokratischen Miteinanders."

PROF. DR. CLAUDIA NEU Soziologin



im Sommer nicht zu heiß und im Winter nicht zu kalt sein sollten und ihren Nutzer:innen eine Toilette und vielleicht sogar WLAN bieten sollten (MKW NRW, 2023). Auf gesellschaftlicher Ebene bedeutet es, dass diese Orte Menschen zusammenbringen, weil sie Räume schaffen, um Spiele zu spielen, miteinander zu reden und voneinander zu lernen. Marina Weisband nennt sie deshalb auch "Volkshochkneipen" (Weisband, 2024, S. 152). Des Weiteren sind dritte Orte durch ihre große Offenheit gekennzeichnet. Das heißt, sie sprechen mit ihrer Atmosphäre Menschen ganz unterschiedlicher Kulturen, Generationen und Gesinnungen an, die hier zusammentreffen und sich verbinden können (Kersten et al., 2022). Dass solche Räume zum generationenübergreifenden Austausch über gesamtgesellschaftliche Herausforderungen wie die Klimakrise einladen können, macht etwa die Soziologin Claudia Neu stark (Neu, 2023). Gerade für Menschen unter 25 und über 65 Jahren ist ein wichtiger Aspekt der Offenheit dieser dritten Orte zudem, dass sie wenig bis gar nichts kosten (Luhmann

et al., 2023). Diese Altersgruppen haben das geringste jährliche Nettoeinkommen und die höchste Armutsgefährdungsquote (Deutsche Bundesbank, 2023; Funcke & Menne, 2023) und sind dadurch in ihren Teilhabemöglichkeiten stark eingeschränkt. Zuletzt ist wichtig, dass die Nutzer:innen der Orte aktiv in ihre Gestaltung einbezogen werden und sich damit selbst einen Wohlfühlort außerhalb der eigenen vier Wände schaffen können. Es gibt bereits einige punktuelle staatliche Förderungen für dritte Orte, die als Vorbild für ein breiter angelegtes Förderprogramm dienen können. Neben BMFSFJ-Förderlinien, etwa für Sportvereine ("Verein(t) gegen Einsamkeit") und für Mehrgenerationenhäuser ("Mehrgenerationenhaus. Miteinander – Füreinander"), kann insbesondere das Programm "Dritte Orte - Häuser für Kultur und Begegnung im ländlichen Raum" des Ministeriums für Kultur und Wissenschaft Nordrhein-Westfalen wertvolle Anregungen liefern. Es wurde 2023 zum zweiten Mal ausgeschrieben und unterstützt derzeit 28 dritte Orte mit insgesamt 22,5 Millionen Euro.

9

Wir fordern einen Ausbau an gesicherten Orten, die Unterstützung für Menschen mit Diskriminierungs- und Gewalterfahrungen bieten.



Diskriminierung, Gewalt und Einsamkeit sind auf verschiedene Weise miteinander verschränkt: Zahlreiche Studien legen nahe, dass Diskriminierungserfahrungen Einsamkeitsgefühle erzeugen und verstärken können, weil sich Menschen durch sie gesellschaftlich entfremdet und sozial ausgegrenzt fühlen (Kersten et al., 2024; Schobin et al., 2024). Auf den Diskriminierungsgrund scheint es dabei nicht anzukommen (BMFSFJ, 2023). Das heißt, diskriminierte Jugendliche und Heranwachsende weisen tendenziell höhere Einsamkeitswerte auf als solche, die nicht diskriminiert werden, unabhängig davon, ob die Diskriminierung etwa aufgrund ihrer sexuellen Identität (Fischer, 2022; Gorczynski & Fasoli, 2022), ihres Migrationshintergrundes (Diehl et al., 2018; Geisen et al., 2022)

oder ihres sozioökonomischen Status (Schobin, 2022) erfolgt. Allerdings sind Menschen mit Diskriminierungserfahrungen nicht nur tendenziell einsamer, sondern werten auch ihrerseits andere Menschen und soziale Gruppen in weitaus stärkerem Maße ab als nicht einsame Menschen – gerade bei einsamen Menschen sind die Zustimmungswerte zu Antisemitismus und Rassismus besonders hoch (Kersten et al., 2024). Umgekehrt zeigt die "Kollekt"-Studie, dass 43 Prozent der einsamen, aber nur 35 Prozent der nichteinsamen Jugendlichen einen Migrationshintergrund haben (Neu et al., 2023). In Bezug auf Gewalt zeigt sich ein ähnlicher Zusammenhang zu Einsamkeitswerten wie bei Diskriminierung: Offene und indirekte Formen der Aggression wie Mobbing können bei den



Opfern starke Gefühle von Einsamkeit auslösen (Mehl, 2020). Dabei gehen Diskriminierungs- und Gewalterfahrungen häufig Hand in Hand. So werden junge Menschen mit Migrationshintergrund beispielsweise auch häufiger Opfer körperlicher Gewalt (DJI, 2024).

Ein Großteil der Diskriminierungs- und Gewalterfahrungen findet dabei in der Schule oder im eigenen Zuhause statt. 30 Prozent der in einer bundesweiten Erhebung von UNICEF Deutschland befragten Kinder und Jugendlichen wurden bereits in der Schule oder auf dem Weg dorthin gemobbt - womit die Schule deutlich vor Freizeitorten (16 Prozent) und dem Internet (14 Prozent) liegt (Deutsches Komitee für UNICEF, 2019). Laut derselben Umfrage fühlen sich 17 Prozent der Kinder und Jugendlichen in der Schule nicht vor Gewalt sicher (Deutsches Komitee für UNICEF, 2019). Auch das Schulbarometer 2024 zeigt, dass fast jede zweite Lehrkraft psychische oder physische Gewalt unter den Schüler:innen beobachtet und dass sich Gewalt an Schulen konstant negativ auf das Wohlbefinden der Schüler:innen auswirkt (Jude et al., 2024). Die Datenlage zur Prävalenz von

häuslicher Gewalt gegenüber Jugendlichen und Heranwachsenden ist zwar lückenhaft, klar ist jedoch, dass Opfer unter 21 Jahren am häufigsten von innerfamiliärer Gewalt betroffen sind (BKA, 2024c). Es braucht deshalb neben der Schule und den eigenen vier Wänden einen dritten Ort, an dem sich junge Menschen mit Diskriminierungs- und Gewalterfahrungen sicher und wohlfühlen; einen Safe Space, an dem sie zusammenkommen und sich über ihre Erfahrungen, Gefühle und Gedanken austauschen können. Ein Vorbild hierfür können die rund 400 Frauenhäuser in Deutschland sein, die gewaltbetroffenen Frauen und ihren Kindern zu jeder Tages- und Nachtzeit eine geschützte Unterkunft, Beratung und Begleitung bieten. Mit zusätzlichen Safe Spaces für junge Menschen wird nicht nur das Recht auf Schutz vor seelischer, körperlicher und sexualisierter Gewalt aus Art. 19 Abs. 1 UN-Kinderrechtskonvention besser umgesetzt, sondern – weil Diskriminierung und Gewalterfahrungen autoritäre Einstellungen nach sich ziehen können (Neu et al., 2023) – auch ein Beitrag zur Demokratieförderung bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen geleistet.

10

Wir fordern in jedem Landkreis Deutschlands öffentlich geförderte Lebenskompetenzzentren mit Räumlichkeiten für Seminare und Kurse.



Lebenskompetenzen beschreiben essenzielle Fähigkeiten, die Menschen benötigen, um gut mit den Herausforderungen des täglichen Lebens umzugehen. Als lebenskompetent gilt, wer sich selbst kennt und mag, kritisch und kreativ denkt, Empathie gegenüber anderen Menschen fühlt, effektiv kommuniziert und stressige Alltagsschwierigkeiten und Konfliktsituationen konstruktiv angeht (WHO, 1997). Neben solchen "Soft Skills" gehören aber auch "Hard Skills" wie Finanzkompetenzen, Gesundheitskompetenzen oder die Fähigkeit, Informationen aus unterschiedlichen Quellen einzuordnen und gut informierte Entscheidungen zu treffen, zu relevanten

Lebenskompetenzen (Europäische Kommission, 2020). Sie sind damit unverzichtbare "Bausteine für Unabhängigkeit und Selbstwirksamkeit" junger Menschen (Schwarz, 2023, S. 7) und spielen im Kontext der gegenwärtigen und zukünftigen Transformationen in Deutschland – etwa Maßnahmen in Reaktion auf die Klimakrise und ihre Folgen, den demografischen Wandel oder die Digitalisierung – eine entscheidende Rolle (NA beim BIBB, 2023). Weil Einsamkeit bei jungen Menschen häufig durch Umbrüche entsteht, z. B. durch Schulwechsel, den Übergang von der Schule ins Berufsleben, den Studienstart oder Aus- und Umzug, hat die Stärkung von Fähigkeiten





zum Umgang mit diesen Umbrüchen einen entscheidenden Anteil am Kampf gegen Einsamkeit. Eine Studie der Bertelsmann Stiftung kommt ebenso zu dem Schluss, dass "Maßnahmen zur Förderung der sozialen und emotionalen Kompetenzen [...] besonders geeignet [sind], um Einsamkeit zu reduzieren und subjektives Wohlbefinden zu fördern" und weist darauf hin, dass diese Maßnahmen auch präventiv eingesetzt werden können (Steinmayr et al., 2024, S. 6). Zudem zeigt der 16. Kinder- und Jugendbericht der Bundesregierung, dass junge Menschen, die kritisch denken und gut kommunizieren können, stärker sozial integriert sowie eher bereit sind, sich politisch zu engagieren und an demokratischen Prozessen teilzuhaben (BMFSFJ, 2020). Um die Lebenskompetenzen junger Menschen zu stärken, mit ihnen Einsamkeit zu bekämpfen und die Demokratie zu fördern, braucht es niedrigschwellige, zielgruppengerechte Angebote. Hier können Volkshochschulen eine wichtige Rolle spielen. Diese sind oftmals die kommunalen Einrichtungen lebenslangen Lernens und tief in kommunale Netzwerke und Bildungslandschaften eingebunden. Mit insgesamt ca. 858 Volkshochschulen und ungefähr 2.788 Außenstellen sind sie in nahezu jedem Landkreis und jeder kreisfreien Stadt präsent und

durch öffentliche Förderung und zum Teil großzügige Ermäßigungen auch für junge Menschen finanziell erschwinglich. Zudem streben sie mit Initiativen wie der Jungen VHS oder der Zentralstelle für Politische Jugendbildung des Deutschen Volkshochschul-Verbandes, einer zielgruppengerechten Ansprache und der aktiven Einbindung in die Programmgestaltung an, in den Lern- und Lebenswelten Jugendlicher und junger Erwachsener präsent zu sein. Laut der aktuellen Volkshochschul-Statistik machten im Berichtsjahr 2021 Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren allerdings nur 5,3 Prozent und die Altersgruppe der 18- bis unter 25-Jährigen lediglich 5,6 Prozent aller Kursteilnehmenden aus, wobei die jüngere Altersgruppe vor allem in den Programmbereichen "Schulabschlüsse – Studienzugang und -begleitung" sowie "Grundbildung" das Teilnehmer:innenfeld dominierten (Ortmanns et al., 2023). Hinzu kommt, dass die Volkshochschulen sehr unterschiedlich auf die einzelnen Bundesländer verteilt sind. Während im Jahr 2019 in Schleswig-Holstein auf rund 20.700 Personen eine Volkshochschule kam, mussten sich in Sachsen knapp 255.000 Personen eine Volkshochschule teilen. Damit einhergehend war die relative Zahl der Nutzer:innen von Kurs- und Einzelveranstaltungen in den ostdeutschen Bundesländern am geringsten: Rein rechnerisch nahmen 2019 beispielsweise nur 3,4 Prozent der Brandenburger:innen ein Angebot ihrer Volkshochschule wahr (bpb, 2022). In den westlichen Bundesländern eignen sich Volkshochschulen dementsprechend hervorragend als regionale Lebenskompetenzzentren, solange sie junge Menschen und ihre Bedürfnisse (wieder) stärker in den Fokus rücken. Dass es derartige Bestrebungen gibt, zeigt etwa die Durchführung einer entsprechenden Marktstudie im vergangenen Jahr (dis.kurs – Das Magazin der Volkshochschulen, 2023). In ostdeutschen Bundesländern braucht es entweder insgesamt mehr Volkshochschulen und Außenstellen oder davon unabhängige, eigenständige Lebenskompetenzzentren, um jungen Menschen entsprechende Kurse vor Ort anbieten zu können.





Wir fordern die staatliche Förderung generationenübergreifender Wohngemeinschaften zur wechselseitigen Unterstützung von Jung und Alt.



ragt man junge Menschen zwischen 12 und 16 Jahren in Deutschland aktuell, an welchen Stellen sie Handlungsbedarf für eine gerechte Gesellschaft sehen, antworten 65 Prozent von ihnen, dass derzeit zu wenig für Rentner:innen getan wird. 62 Prozent sehen Bedarfe bei der Gleichstellung von Lebensbedingungen (Bepanthen-Kinderförderung, 2024). Diese Antworten zeigen deutlich, dass junge Menschen in Deutschland ein hohes Maß an Solidarität und Mitgefühl für ältere Generationen sowie für gerechtere Lebensbedingungen besitzen. Diese Einstellungen spiegeln sich auch in ihren Sorgen um Wohnraum wider, der zunehmend teurer und knapper wird (Schnetzer et al., 2024). Das Kompetenznetz Einsamkeit (KNE) erkennt in diesem Zusammenhang ein entscheidendes Potenzial zur Bekämpfung von

> "Es braucht neue Quartierskonzepte, die unterschiedliche Bevölkerungsgruppen und ihre Bedürfnisse in den Blick nehmen. Ziel dabei

ist, möglichst allen Menschen die Teilhabe an sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Angeboten, ein gesundes, sicheres Wohnen und eine umfassende Integration an ihrem Wohnort zu ermöglichen. Dafür sollte künftig ein Anteil der Mittel aus den Sozialkassen eingesetzt werden. Es gilt, quartiersinterne Infrastruktur zu erhalten, neue Netzwerke zu entwickeln, die Versorgungssicherheit auszubauen und mit neuen Ansätzen ein generationenübergreifendes Wohnen zu stärken – mit messbarem sozio-ökonomischem Nutzen."

DR. ANDRÉ BERGHEGGER | Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städte- & Gemeindebundes

Einsamkeit durch die Förderung gemeinschaftsfördernder und durchmischter Wohnformen, "die auf soziale Kontakte, Interaktionen, Unterstützung und Gemeinschaft ausgelegt sind wie z. B. [...] generationsübergreifendes Wohnen" (Potz & Scheffler, 2023, S. 26). Begegnungsorte, die durch diese Wohnformen entstehen, fördern nicht nur die soziale Teilhabe, sondern auch den demokratischen Zusammenhalt der Bewohner:innen (Manthe, 2024; Potz & Scheffler, 2023). Wenn sie für verschiedene Zielgruppen attraktiv gestaltet und mit unterschiedlichen Nutzungsmöglichkeiten versehen sind, können sie so zu offenen sozialen Knotenpunkten werden. Durch eine inklusive und niedrigschwellige Gestaltung der Wohnformen werden nicht nur Einsamkeitsgefühle verringert, sondern auch die demokratische Resilienz gestärkt (Manthe, 2024; Potz & Scheffler, 2023). Da Einsamkeit im Verlauf des Lebens in Wellen auftritt (Luhmann & Hawkley, 2016) (bei jungen Menschen besonders in der Umbruchphase nach dem Schulabschluss oder dem Beginn des Arbeitslebens sowie bei älteren Menschen mit dem Eintritt ins Rentenalter und dem zunehmenden Verlust von Freund:innen und Partner:innen) entstehen so stabile und langfristige Netzwerke der Unterstützung und Solidarität, die nachhaltig vor Einsamkeitserfahrungen bewahren können. Auch wenn die Forschung hauptsächlich die positiven Auswirkungen für ältere Generationen beleuchtet (Schmidhuber, 2020), zeigen Berichte aus der Praxis, dass auch junge Menschen von generationenübergreifenden Wohngemeinschaften profitieren. So berichtet das Bundesprogramm Mehrgenerationenhaus des BMFSFJ, dass junge Menschen aufgrund des Austauschs ein stärkeres Selbstbewusstsein entwickeln sowie sozialer und reflektierter werden. Gleichzeitig bilden sie eine ausgeprägte Krisenresilienz aus, da sie bereits im jungen Alter von Hindernissen hören, die das



Leben bereithält, sowie über den Umgang mit diesen Situationen reden (Grübel & Dittmar, 2024). Trotzdem schließen generationenübergreifende Wohnformen häufig genau diese jungen Menschen aus, weil sie in der Regel auf ein Zusammenleben von Familien mit Kindern und Rentner:innen ausgelegt sind. Eine Wohnungsbaugesellschaft in Schweden hat diese Lücke erkannt und 2019 ein Projekt namens "SällBo" ins Leben gerufen, bei dem in einem ihrer Wohnkomplexe die Hälfte der 51 Wohnungen an über-65-Jährige vermietet werden, während die andere Hälfte an junge Menschen zwischen 18 und 25 Jahren sowie zehn junge Menschen mit kürzlich erhaltener Aufenthaltsgenehmigung vermietet werden.

Die einzigen Voraussetzungen: Alle Bewohner:innen müssen sich mindestens zwei Stunden die Woche mit ihren Nachbar:innen treffen und an mindestens einer Gruppenaktivität pro Monat teilnehmen. Dabei stehen ihnen eine Gemeinschaftsküche, ein Fitnessraum, eine Kreativwerkstatt, ein Garten, eine Bibliothek bestehend aus Büchern der Bewohner:innen und weitere Begegnungsorte zur Verfügung – und das alles zu einem Mietpreis, der weit unter dem Durchschnittspreis pro Quadratmeter liegt (Helsingborgshem, 2024). Ursprünglich auf eine Projektlaufzeit von drei Jahren begrenzt, ist es inzwischen zu einem dauerhaften Wohnkonzept geworden, dessen Potenzial weltweit inspiriert (Robertson, 2020).





12

Wir fordern von der Bundesregierung politische Maßnahmen zur Sensibilisierung, Toleranz, Offenheit und Abgrenzung gegen Rechts.



n ihrem Buch "Demokratie und Revolution" kritisieren Hedwig Richter und Bernd Ulrich die Haltung der Bürger:innen in einer Demokratie als Konsument:innen, die Gesetzesvorhaben, Maßnahmen und Fortschritt vorgesetzt bekommen (Richter & Ulrich, 2024a). Doch die Demokratie ist kein Konsumgut, sie verlangt, mitgestaltet und gelebt zu werden und bedarf des aktiven Einsatzes ihrer Bürger:innen. Bei all den Kritikpunkten, die junge Menschen derzeit an der Demokratie äußern, wird gerade diese politische Teilhabe auch von ihnen als besondere Stärke der Demokratie angesehen (TUI Stiftung, 2024). Grundwerte der Demokratie - wie Offenheit und Toleranz, aber auch Freiheit, Gerechtigkeit, Sicherheit und Vertrauen – sind jungen Menschen wichtig (Schnetzer et al., 2024). Doch gerade diese Werte werden derzeit immer häufiger und offener attackiert: So stieg die Hasskriminalität¹ in Deutschland von 2022 auf 2023 um 50 Prozent an. Angriffe auf Politiker:innen stiegen im selben Zeitraum ebenfalls um 48 Prozent und auf insgesamt 2.790 Fälle (Janson, 2024). Auch Angriffe gegen Bürger:innen aufgrund ihrer Sexualität nahmen im selben Zeitraum um fast 50 Prozent zu (LSVD, 2024). Bereits nach den rechtsextremistischen Anschlägen von Halle 2019 und Hanau 2020 handelte die Bundespolitik und verstärkte unter anderem das Bundesprogramm "Demokratie leben". Aufgrund der befristeten Förderperioden vermissen Kritiker:innen hierbei jedoch nachhaltige Wirkungen und dauerhafte Förderung. Der für einige Förderlinien benötigte innovative Charakter der Projekte, die kleinteilige

Bürokratie sowie der regelmäßige Wettbewerb erschweren die flächendeckende Demokratieförderung zusätzlich (Schwickert, 2020). Zur Verstetigung dieser Projekte und zur weiterführenden Förderung der Demokratie, der Vielfaltgestaltung, der Extremismusprävention und der politischen Bildung beschloss das Kabinett 2022 das sogenannte Demokratiefördergesetz (DFördG) (Deutscher Bundestag, 2023; Die Bundesregierung, 2022). Das DFördG würde die Vermittlung demokratischer Werte weiter aus dem schulischen Kontext herausheben und gesamtgesellschaftlich eingliedern. Gleichzeitig böte es Planungssicherheit für längerfristige demokratiefördernde Projekte, deren Notwendigkeit bereits in Forderung 7 verdeutlicht wurde. Sowohl Projekte des Bundesprogramms "Demokratie leben", als auch beispielsweise die "Mental Health Coaches", könnten sich zu festen, langlebigen Bestandteilen demokratiefördernder Infrastrukturen entwickeln, auf die Kooperationspartner:innen und Regelstrukturen

"Forschung zeigt, dass Prävention,
Bildung und eine starke prodemokratische Zivilgesellschaft gegen
Rechtsextremismus wirken und
Demokratie stärken. Der Bund fördert
in Programmen wie "Demokratie leben" entsprechende Maßnahmen, die allerdings teilweise unter prekären Bedingungen arbeiten.
Entsprechende Maßnahmen zu verbessern
und auszubauen, ist notwendig. In der Pflicht
stehen aber nicht nur die Bundesregierung,
sondern auch die Länder, Kommunen und
alle gesellschaftlichen Akteure einschließlich
der Medien und der Wirtschaft."

PROF. DR. MATTHIAS QUENT Soziologe

^{1.} Straftaten aufgrund von Nationalität, ethnischer Zugehörigkeit, Hautfarbe, Religionszugehörigkeit oder Weltanschauung, sozialem Status, physischer und/oder psychischer Behinderung beziehungsweise Beeinträchtigung, Geschlecht oder geschlechtlicher Identität sowie äußerem Erscheinungsbild (BKA, 2024b).



zählen können. Bis 2023 hätte das Gesetz laut Koalitionsvertrag eingeführt werden sollen (SPD et al., 2021). Bis zum jetzigen Zeitpunkt (Stand September 2024) gab es jedoch keine Einigung, da u.a. die Bundeskompetenz und die Notwendigkeit staatlicher Subventionierung von Demokratieförderung weiterhin diskutiert werden (Deutschlandfunk, 2024). In einem Rechtsgutachten widmete sich der wissenschaftliche Beirat des Progressiven Zentrums und der Jurist Christoph Möllers bereits im Oktober 2020 genau diesen Fragen und verdeutlichte: "Die Bekämpfung extremistischer politischer Ansichten und Absichten sowie die Förderung gesellschaftlicher Akzeptanz für den demokratischen Rechtsstaat sind nicht allein

Gegenstände gesellschaftlicher Selbstorganisation, sondern gehören auch zu den Aufgaben des Staates" (Möllers, 2020, S. 6). Viele der Fragen, die bis heute diskutiert werden, sind in diesem Gutachten sowie einem Gutachten von Ulrich Battis aus dem Jahr 2013 bereits behandelt (Battis et al., 2013). Übrig bleiben Fragen darüber, ob und mit welchen Kriterien die Demokratie Geld zur Förderung ihres Bestehens und ihrer Stärkung ausgeben möchte. Dabei wären monetäre Investitionen genau an dieser Stelle fundamental, denn: "Die Demokratie muss liefern, sagt der Konsument. Die Demokratie ist schon die Lieferung, sagt die Demokratie", wie Richter und Ulrich formulieren (2024b, S. 3).

13

Wir fordern einen jährlichen nationalen Aktionstag namens "Tag der Kulturen" für Empathie und Austausch.



Deutschland wird immer diverser: Inzwischen haben über 200 Nationalitäten in der Bundesrepublik ein Zuhause (Orth, 2024). Die damit verbundene Zuwanderung wirkt nicht nur der zunehmenden Veralterung der Bevölkerung in Deutschland entgegen (Grobecker et al., 2021), sondern auch dem Fachkräftemangel der hiesigen Wirtschaft (Wundersee, 2022). Aus diesem Grund wird Diversität auf dem Arbeitsmarkt auch seit 2012 jährlich im Mai mit dem Deutschen Diversity-Tag zelebriert (Charta der Vielfalt, 2024). Doch Diversität ist nicht nur ein Thema am Arbeitsplatz, sondern betrifft das allgemeine Zusammenleben; alle zwischenmenschlichen Interaktionen und Meinungsaustausche in einer Gesellschaft. Dabei zeigen Daten der Bertelsmann Stiftung, dass der gesellschaftliche Zusammenhalt seit der Pandemie in Deutschland erstmals seit Beginn der Erfassung Ende der 1980er Jahre stark zurückgegangen ist (Boehnke et al., 2024). Sowohl das Vertrauen in die Mitmenschen als auch die Akzeptanz von Diversität sanken merklich. Lag letztere noch 2020 bei einem deutschlandweiten Indexwert von 82 von insgesamt 100 Punkten, sank

sie 2023 auf 69 Punkte. Gleichzeitig stieg der Anteil an Befragten, die ungern eine:n Ausländer:in oder Migrant:in als Nachbar:in hätten, von 17 Prozent (2020) auf 40 Prozent (2023) an. Auch die Ablehnung von Nachbar:innen mit anderem Lebensstil, anderer Religionszugehörigkeit oder Homosexualität nahm zwischen 2020 und 2023 zu, während die eigene Identifikation mit dem Wohnort und der Nachbarschaft sank (Boehnke et al., 2024).

Bereits 2007 stellte Robert D. Putnam anhand von Untersuchungen in den USA fest, dass die Diversität von Gesellschaften negativ mit ihrem Zusammenhalt zusammenhängt. So ziehen sich Menschen in neuen diversen Umfeldern zunächst zurück, beteiligen sich beispielsweise nicht mehr aktiv am Nachbarschaftsleben, fühlen sich mit ihren engsten Menschen nicht mehr wohl und schränken das freiwillige Engagement ein (Putnam, 2007). Dieser gesellschaftliche Rückzug hat Konsequenzen für die Demokratie: So ziehen sich Bürger:innen nicht nur aus Gemeinschaftsprojekten zurück, sondern stehen auch sozialen Reformen



weniger optimistisch gegenüber und beteiligten sich seltener an Wahlen. Sie haben immer weniger das Gefühl, etwas bewirken zu können und immer mehr das Gefühl, das "innere Selbst" nicht ausleben zu können (Putnam, 2007). Diese mögliche negative Entwicklung zeigt die Notwendigkeit einer öffentlichen Förderung der zunehmenden gesellschaftlichen Diversifizierung in Deutschland. Der Aktionstag könnte hierzu einen Beitrag leisten und zu Projekten und Aktionen inspirieren, die ganzjährig oder in kleineren zeitlichen Abständen diese Diversifizierung begleiten. Bereits mit der Einführung der Aktionswoche "Gemeinsam aus der Einsamkeit" konnte das

BMFSFJ positive Erfahrungen sammeln und gleichzeitig dazu beitragen, dass das Thema verstärkt in den Medien, der Zivilgesellschaft und der Politik adressiert wird (BMFSFJ, 2024). Ähnliche Anstrengungen könnten zur erneuten Stärkung der Diversität in Deutschland unternommen werden. Auch das Thema Diversität steckt bis heute voller Stigmata, hat sowohl individuelle als auch kollektiv gesellschaftliche Konsequenzen und kann eine Herausforderung für unsere Demokratie werden. Dieser Herausforderung könnte ein Aktionstag niedrigschwellig entgegenwirken und gleichzeitig Austausch sowie gegenseitiges Verständnis stärken.

14

Wir fordern eine politische Stärkung der Selbstbestimmung unter anderem durch die Änderung des Konsensbegriffs im Rahmen einer Reform des Strafrechts von "Nein heißt Nein" zu "Ja heißt Ja"!



2016 wurde Paragraf 177 des Strafgesetzbuches (StGB) zu sexuellen Übergriffen, sexueller Nötigung und Vergewaltigung verschärft (Deutscher Bundestag, 2016). Seitdem ist jede sexuelle Handlung "gegen den erkennbaren Willen einer anderen Person" strafbar und "wird mit Freiheitsstrafe von sechs Monaten bis zu fünf Jahren bestraft" (§ 177 Abs. 1 StGB). Im Mai 2024 hat der Europäische Rat grünes Licht für eine europäische Richtlinie zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt² gegeben. Diese sah in ihrer ursprünglichen Fassung aus dem Jahr 2022 unter anderem eine Vereinheitlichung des Tatbestandes der Vergewaltigung (Art. 5 RL-E) im Sexualstrafrecht vor, denn in 16 EU-Staaten ist diese derzeit "nur bei Anwendung oder Androhung von Gewalt strafrechtlich verfolgbar" (Çelebi et al., 2024). Diese Reform hätte bedeuten können, dass

die Formulierung des derzeitigen Grundsatzes von "Nein heißt Nein" im deutschen Strafgesetzbuch in "nicht einverständlich" umgewandelt (Hörnle, 2024) - und damit in Richtung "Ja heißt Ja" umgedeutet werden müsste. Auch wenn die Schutz- und Unterstützungsmaßnahmen, die in der finalen Version der EU-Richtlinie enthalten sind, Frauenrechte in der Europäischen Union in großem Maße stützen und verbessern werden, ist es bedauerlich, dass der Tatbestand von Vergewaltigungen letztendlich nicht aufgenommen worden ist (DIMR, 2024). Denn besonders dieses Thema beschäftigt junge Menschen: Sexuelle Belästigung und Missbrauch stehen auf Platz drei der Themen, die junge Generationen in Deutschland den meisten Anlass zur Sorge geben gefolgt von Kindesmissbrauch und Vernachlässigung (Görtz & Langness, 2024). Aktuelle Zahlen machen deutlich, dass diese Angst nicht unbegründet ist: Laut Bundeskriminalamt (BKA) haben im vergangenen Jahr die Fälle sexualisierter Gewalt gegen Kinder und Jugendliche in Deutschland stark zugenommen. Bei Kindern und Jugendlichen unter 14 Jahren

^{2.} Siehe den Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt vom 08.03.2022 (COM/2022/105 final).



verzeichnete das BKA 2023 einen Anstieg an sexuellem Missbrauch um 5,5 Prozent im Vergleich zu 2022. Auch bei jungen Menschen zwischen 14 und 17 Jahren gab es einen Anstieg um 5,7 Prozent (BKA, 2024a). Gleichzeitig werden aus Scham und Verunsicherung weniger als zehn Prozent aller Straftaten im Bereich des sexuellen Missbrauchs oder der Vergewaltigung in Deutschland angezeigt (Birkel et al., 2023). Dabei kann grenzüberschreitendes, sexualisiertes und traumatisierendes Verhalten dazu führen, dass sich Betroffene zurückziehen oder sich mit ihrer Erfahrung trotz stabilem sozialen Umfeld einsam fühlen (UBSKM, 2024). Die Folgen des Erlebten sind vielfältig und halten auch im Erwachsenenalter noch an. Die Aufarbeitungskommission spricht von "depressiven Störungen, Posttraumatischen Belastungsstörungen, anhaltenden Körperbeschwerden oder Schmerzen ohne Befund, Suchterkrankungen wie Alkohol oder Substanzmissbrauch, Dissoziativen Identitätsstörungen (DIS), Suizidalität, Borderline sowie Beziehungs-, Angst-, Ess-, oder sexuellen Störungen" (Unabhängige Kommission zur Aufarbeitung sexuellen Kindesmissbrauchs, 2019, S. 195). Auch wenn die EU-Richtlinie eine Änderung des Grundsatzes nicht länger fordert, wäre eine entsprechende Anpassung wünschenswert. Die Förderung der ideellen Werte Selbstbestimmung und Respekt durch die rechtliche Verankerung des Grundsatzes "Ja heißt Ja" könnte nicht nur junge Menschen besser schützen, sondern würde sowohl individuelles Wohlbefinden als auch einen besseren kollektiven Umgang miteinander stärken.

15

Wir fordern Zugang zu und Aufklärung über niedrigschwellige Teilhabeangebote in Deutschland.



Demokratie lebt von Teilhabe, denn nur durch Beteiligung kann eine demokratische Willensbildung erfolgen. Dabei ist es von großer Bedeutung, demokratische Prozesse kontinuierlich und von klein auf zu lernen und zu erleben (BMFSFJ, 2020; Weisband, 2024). Heute sind junge Menschen in mehreren Bundesländern ab 16 Jahren dazu berechtigt, an Kommunal- oder Landtagswahlen teilzunehmen, ihre Interessen über Jugendverbände auf Kreis-, Landesoder Bundesebene zu artikulieren, durch Jugendparlamente oder Jugendfonds mitzuentscheiden, oder an den JugendPolitikTagen und BundesJugendKonferenzen mitzuwirken. Aber diese Teilhaberechte sind weder flächendeckend noch ausreichend inklusiv gestaltet. Diese Umstände kritisieren auch die jungen Menschen selbst: Laut einer Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung finden 65 Prozent der 16- bis 30-Jährigen, dass die Beteiligungsmöglichkeiten abseits von Wahlen nicht ausreichen (Döbele et al., 2023). Des Weiteren sind bestehende Teilhabemöglichkeiten

nicht immer niedrigschwellig, inklusiv und bekannt. Beispielsweise versammeln Jugendgremien meist überdurchschnittlich viele Menschen, die bereits stark politisch engagiert sind, und befähigen dadurch

"Als jugendlicher Verein unterstützen wir die Forderung nach unkompliziertem Zugang zu Teilhabeangeboten. Unsere Vision ist eine Gesellschaft, die jede:r Jugendliche selbstbestimmt und aktiv mitgestalten kann. Es braucht mehr Aufklärung und echte Zugänge, damit Jugendliche ihre Perspektiven einbringen können – in Schulen, Kommunen und darüber hinaus. Wir sind überzeugt: Jugendbeteiligung ist essenziell für eine starke Demokratie."

CHARLOTTE SCHIERENMitglied des Vorstands SV-Bildungswerk



nur selektiv eine relativ kleine Gruppe an jungen Personen. Auch in den "Qualitätsstandards für Kinder- und Jugendbeteiligung" des DBJR und des BMFSFJ heißt es, dass "die Möglichkeiten des Einbezuges von Kindern und Jugendlichen jenseits der organisierten Interessenvertretungen und den Selbstorganisationen noch nicht ausgereizt" seien (BMFSFJ & DBJR, 2022, S. 113).

Es braucht also weiterführende, inklusive Beteiligungsangebote, die alle jungen Menschen einschließen und ihre Unterschiedlichkeit hinsichtlich Alter, sozialer Herkunft, sexueller Orientierung, Geschlecht, Art der Behinderung oder ethnischer Herkunft inhaltlich und verfahrenspraktisch berücksichtigen. Zentral ist, dass alle Jugendlichen und jungen Erwachsenen, die sich beteiligen wollen, auch die Möglichkeit hierfür erhalten und dass in jedem einzelnen Verfahren reflektiert wird, wer jeweils einbezogen wird, welche Perspektiven unterrepräsentiert sind und

wie diese in Zukunft stärker berücksichtigt werden könnten. Konkret kann dies durch eine zielgruppengerechte Ansprache und Kommunikation sowie entsprechende Informationen über Teilhabeangebote, konkrete Unterstützungsangebote, niedrigschwellige Auswahlprozesse, barrierefreie Arbeitsweisen und Rahmenbedingungen – bis hin zu ganz praktischen Fragen, wie der räumlichen Distanz des Treffpunktes, den Sitzungszeiten oder der Gruppengröße – erreicht werden (BMFSFJ & DBJR, 2022). Ein weiterer Ansatz, um jungen Menschen Zugänge zur Mitwirkung zu ermöglichen, die ihr Recht auf Teilhabe im analogen Raum bisher nicht wahrnehmen konnten, ist die Weiterentwicklung und der Ausbau barrierefreier digitaler Beteiligungsangebote (BMFSFJ & DBJR, 2022). Grundlegend wünschen sich die KOLLEKTive Voices mehr Teilhabe, wie in Forderung 2 und Forderung 8 beschrieben. Explizit fordern sie, dass bestehende Teilhabangebote inklusiver, diverser, niedrigschwelliger und offener gestaltet werden.





Schlussbemerkung

ie 15 Forderungen zeigen deutlich, dass die Politik an diversen Stellen ansetzen kann, um gegen Einsamkeit vorzugehen und Demokratie zu stärken. In allen vier ausgewählten Bereichen existieren bereits (unausgereifte) Ansätze, welche bundes- und auch landespolitisch ausgebaut und/oder verbessert werden können. Darüber hinaus liefern uns die 22 KOLLEKTive Voices vielversprechende weiterführende Ideen und Forderungen. Zwar setzen einige der hier dargelegten Vorschläge erhebliche Investitionen voraus, jedoch finden sich auch Forderungen, die sich mit einer Umpriorisierung bestehender Budgets oder gänzlich ohne monetäre Aufwendungen umsetzen ließen. Entscheidend ist lediglich der Wille der Politik, die Stimmen junger Menschen ernstzunehmen und einzubinden. Besonders im Vorfeld der Bundestagswahl 2025 eröffnet sich eine reale Möglichkeit, jungen Menschen die Demokratie näherzubringen und antidemokratischen Tendenzen vorzubeugen sowie sie als Wähler:innen und die Zukunft unserer Demokratie anzuerkennen.

Mit den Stimmen der 22 KOLLEKTive Voices erreicht das Bundesprojekt "Kollekt" seine letzte Projektphase. Nach der "Kollekt"-Studie "Extrem einsam?" zum Zusammenhang von Einsamkeit und Demokratiedistanz bei jungen Menschen, über die Entwicklung eines Methodenkoffers gegen Einsamkeit und zur Stärkung der Demokratie von und mit Multiplikator:innen der Jugendarbeit und -hilfe, bekommt mit dieser Publikation auch die dritte Zielgruppe eine Stimme: Die jungen Menschen, deren Entwicklungen, Einstellungen und Gedanken das "Kollekt"-Projekt in den vergangenen drei Jahren begleitet haben. Dank der quantitativen Studie, dem qualitativen Austausch mit den Fokusgruppen, dem interaktiven "Kollekt"-Portal sowie final dem KOLLEKTive Voices Weekend konnte das Projekt einzigartige, tiefgreifende und motivierende Einblicke in die

Lebensrealität junger Menschen gewinnen, die sich in den drei Publikationen des Projektes bündeln. Auch wenn das "Kollekt"-Projekt Ende 2024 ausläuft, freuen wir uns weiterhin über An- und Rückfragen sowie Feedback zu unserer Arbeit oder ihrer Anwendung an kollekt@progressives-zentrum.org.

Ein besonderer Dank in dieser letzten Projektphase gilt Lev Ebbers und Christian Mohr vom SV-Bildungswerk, deren pädagogische Begleitung, Konzeption und Mitwirkung das KOLLEKTive Voices Weekend sowie die Entwicklung der dargestellten Forderungen überhaupt erst möglich gemacht haben. Außerdem möchten wir uns herzlich bei den 22 Teilnehmenden für ihre Offenheit, das Vertrauen und die Motivation bedanken, mit der sie diese Forderungen an nur einem Wochenende unermüdlich ausgearbeitet haben. Wir danken weiterhin Kira Legenhausen und Arne Düpree für die Rundum-Betreuung und pädagogische Unterstützung an dem Wochenende. Der größte Dank gebührt Carla Agha Ebrahim, Leonie Reichert und Carl Schüppel für die Unterstützung und Vorarbeit in unterschiedlichen Phasen der Konzeption, Durchführung, Nachbereitung und Verschriftlichung des KOLLEKTive Voices Weekend sowie bei dieser Publikation.





Autor:innen

Die Forderungen wurden beim KOLLEKTive Voices Weekend im Mai 2024 erarbeitet.

Mitglieder der KOLLEKTive Voices:

Agatha M. Lotte F. Aviva S. Maher J. Emily Faye E. Maram A. Florian S. Maxim S. Gregor G. Mihan D. Henriette W. Milena Z. Mohamed G. Jarom B. Mounia B. Julia B. Laura M. Pau S. Leah K Roni M. Liv G. Victoria M.

Projektleitung: Paulina Fröhlich Ausarbeitung: Melanie Weiser

Projektträger



Das Progressive Zentrum ist ein unabhängiger und als gemeinnützig anerkannter Berliner Think Tank. Wir entwickeln und debattieren Ideen für den gesellschaftlichen Fortschritt – und bringen diejenigen zusammen, die sie in die Tat umsetzen. Unser Ziel als Think Tank: das Gelingen einer gerechten Transformation. Hierzu arbeiten wir unter anderem im Schwerpunkt "Resiliente Demokratie". Wir sind überzeugt: Zur Zukunftsfähigkeit der liberalen Demokratie gehört es, angesichts neuer Herausforderungen dazuzulernen, Grundfesten zu verteidigen und sie kontinuierlich zu (redemokratisieren. Seit dem Jahr 2007 setzen wir mit unseren Studien, Publikationen und Veranstaltungen Impulse für den gesellschaftlichen Fortschritt.



Über Kollekt

st Einsamkeit eine Gefahr für die Demokratie? Das lassen erste Studien vermuten – einsame Menschen haben zum Beispiel weniger Vertrauen in ihre Mitmenschen und Institutionen und beteiligen sich seltener an demokratischen Prozessen. Nicht erst seit der Coronapandemie ist außerdem klar, dass auch junge Menschen verstärkt Einsamkeit erleben. Dabei ist eine tatkräftige Jugend essenziell für eine lebendige Demokratie.

Viele junge Menschen entwickeln in der Jugendphase Einstellungen zu politischen und gesellschaftlichen Themen und probieren demokratische Partizipation aus. Sie diskutieren, besuchen Demonstrationen, oder

gehen zum ersten Mal wählen. Gleichzeitig stehen sie besonders im Visier demokratiefeindlicher Akteure, die versuchen, Menschen für ihre Ideologie zu gewinnen. Zur steigenden Verbreitung von Individualismus in der Gesellschaft kam während der Pandemie ein starker Anstieg von Einsamkeitserfahrungen hinzu, besonders unter jungen Menschen: Vielen fehlen nun ein klares Bild der Gesellschaft und soziale Begegnungsräume.



7ur Website

Die Studie



Die repräsentative Studie "Extrem einsam? – Die demokratische Relevanz von Einsamkeitserfahrungen unter Jugendlichen in Deutschland" liefert einzigartige Erkenntnisse zu Lebenswelten und Einsamkeitserfahrungen Jugendlicher in Deutschland sowie

dem Zusammenhang mit (anti)demokratischen Einstellungen. Das Kernergebnis: Es gibt einen Zusammenhang zwischen Einsamkeit bei jungen Menschen und autoritären Einstellungen, Verschwörungsmentalität und der Billigung politischer Gewalt. Einsamkeit hat also eine demokratische Relevanz.



Der Methodenkoffer



Der "Methodenkoffer gegen Einsamkeit" bietet eine vielfältige Auswahl von neuen Formaten, die in der Arbeit mit Jugendlichen eingesetzt werden können, um den Umgang mit Einsamkeit und prodemokratische Haltungen zu stärken.

Die Methoden eignen sich insbesondere für die außerschulische Jugendarbeit sowie fächer- und klassenübergreifende Projekte in der Sekundarstufe II der allgemeinbildenden und beruflichen Schulen.





Der Kurzfilm

Im Kurzfilm "Erst einsam, dann extrem?" teilen Jugendliche ihre Erfahrungen mit Einsamkeit, ihren Blick auf die Gesellschaft sowie ihre Wünsche und Forderungen an die Politik.

















Literaturverzeichnis

- Anders, F. (2023). PISA-Studie: Die wichtigsten Ergebnisse und Reaktionen. Deutsches Schulportal der Robert Bosch Stiftung. https://deutsches-schulportal.de/bildungswesen/die-zehn-wichtigsten-ergebnisse-der-pisa-studie/#die-ergebnisse-der-pisa-studie-2022
- Anders, F. (2024). Deutsch als Zweitsprache diese Schulen haben erfolgreiche Konzepte entwickelt. Deutsches Schulportal der Robert Bosch Stiftung. https://deutsches-schulportal.de/unterricht/deutsch-als-zweitsprache-diese-schulen-haben-erfolgreiche-konzepte-entwickelt
- AXA. (2024). AXA Mental Health Report: Rund ein Drittel der Deutschen bezeichnet sich als psychisch erkrankt. AXA. https://www.axa.de/presse/axa-mental-health-report-2024
- Battis, U., Grigoleit, K. J., & Drohsel, F. (2013). Rechtliche Möglichkeiten zur Verstetigung der finanziellen Mittel zur Demokratieförderung und Bekämpfung des Neonazismus. https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/w/files/pdfs/gutachten.pdf
- Bauer, M., Blattman, C., Chytilová, J., Henrich, J., Miguel, E., & Mitts, T. (2016). Can War Foster Cooperation? Journal of Economic Perspectives, 30(3), 249–274. https://doi.org/10.1257/jep.30.3.249
- BDP. (2018). Schulpsychologie in Deutschland: Berufsprofil (4. Aufl.). https://www.bdp-schulpsychologie.de/aktuell/2018/180914_berufsprofil.pdf
- BDP Sektion Schulpsychologie. (2022). 100 Jahre Schulpsychologie. https://www.bdp-verband.de/fileadmin/user_upload/BDP/verband/Untergliederungen/Sektionen/Schulpsychologie/PDF/2022-Ausstellung-100JahreSchulpsychologie.pdf
- Bepanthen-Kinderförderung. (2024). Gerechtigkeitsstudie 2023/2024: Wie gerecht ist Deutschland? https://www.bayer.com/media/download/6741c936-7b26-4b18-a28b-7c05555fcccf/praumlsentation-pkbepanthenkinderfoumlrderungstudienergebnisse-sozialstudiegerechtigkeit-2024-07-02.pdf
- Birkel, C., Church, D., Erdmann, A., Hager, A., & Leitgöb-Guzy, N. (2023). Sicherheit und Kriminalität in Deutschland SKiD 2020 Bundesweite Kernbefunde des Viktimisierungssurvey des Bundeskriminalamts und der Polizeien der Länder. Bundeskriminalamt.
- BKA. (2024a). Bundeslagebild Sexualdelikte zum Nachteil von Kindern und Jugendlichen 2023. Bundeskriminalamt.
- BKA. (2024b). Bundesweite Fallzahlen 2023 Politisch motivierte Kriminalität. BMI. https://www.bka.de/DE/UnsereAufgaben/Deliktsbereiche/PMK/PMKZahlen2023/PMK Zahlen2023.html
- BKA. (2024c). Häusliche Gewalt: Bundeslagebild 2023. https://www.bka.de/SharedDocs/Downloads/DE/Publikationen/lahresberichteUndLagebilder/HaeuslicheGewalt/HaeuslicheGewalt/2023.html?nn=219004
- BMFSFJ. (2020). 16. Kinder- und Jugendbericht: Förderung demokratischer Bildung im Kindes- und Jugendalter. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.
- BMFSFJ. (2023). Strategie der Bundesregierung gegen Einsamkeit. https://www.bmfsfj.de/resource/blob/234584/9c0557454d1156026525fe67061e292e/2023-strategie-gegen-einsamkeit-data.pdf
- BMFSFJ. (2024, Juni 19). Aktionswoche schafft Aufmerksamkeit für das Thema Einsamkeit. https://www.bmfsfj.de/bmfsfj/aktuelles/alle-meldungen/aktionswoche-schafft-aufmerks amkeit-fuer-das-thema-einsamkeit-241238
- BMFSFJ, & DBJR. (2022). Mitwirkung mit Wirkung: Qualitätsstandards für Kinder- & Jugendbeteiligung: Impulse zur Weiterentwicklung in Theorie und Praxis: Eine Einladung zum Mitmachen, Diskutieren und Ausprobieren (2. Aufl.). https://standards.jugendbeteiligung.de/wordpress/wp-content/uploads/Brosch-QS-DBJR-web-auflage2.pdf
- Boehnke, K., Dragolov, G., Arant, R., & Unzicker, K. (2024). Gesellschaftlicher Zusammenhalt in Deutschland 2023: Perspektiven auf das Miteinander in herausfordernden Zeiten. Bertelsmann Stiftung. https://doi.org/10.11586/2024051
- bpb. (2022). Volkshochschulen (vhs). In Bpb kurz&knapp. Bundeszentrale für politische Blidung. https://www.bpb.de/kurz-knapp/zahlen-und-fakten/soziale-situation-in-deutschland/61 675/volkshochschulen-vhs/



- Broda, D. (2023, August 15). Herausforderungen in Engagement und Ehrenamt Ein Interview mit Daniela Broda [Deutsche Jugend in Europa]. https://djo.de/blog/2023/08/15/herausforderungen-in-engagement-und-ehrenamt-ein-interview-mit-daniela-broda/
- Buecker, S., Ebert, T., Götz, F. M., Entringer, T., & Luhmann, M. (2021). In a Lonely Place: Investigating Regional Differences in Loneliness. https://journals.sagepub.com/doi/10.1177/1948550620912881
- Calmbach, M., Flaig, B., Gaber, R., Gensheimer, T., Möller-Slawinksi, H., Schleer, C., & Wisniewski, N. (2024). Wie ticken Jugendliche? SINUS-Jugendstudie 2024. Bundeszentrale für politische Bildung.
- Çelebi, D., Koop, L. M., & Melchior, L. (2024, Januar 10). Deutschlands Blockade beim europaweiten Gewaltschutz Warum eine europaweite Harmonisierung des Vergewaltigungsstraftatbestandes möglich und nötig ist. Verfassungsblog. https://verfassungsblog.de/deutschlands-blockade-beim-europaweiten-gewaltschutz/
- Charta der Vielfalt. (2024). #StimmeFürVielfalt: Deutscher Diversity-Tag. Charta der Vielfalt Für Diversity in der Arbeitswelt. https://www.charta-der-vielfalt.de/aktivitaeten/deutscher-diversity-tag/
- Coe, E. (2023). Getting to the bottom of the teen mental health crisis. McKinsey Health Institute. https://www.mckinsey.com/mhi/our-insights/getting-to-the-bottom-of-the-teen-mental-health-crisis
- Cox, D. A., Streeter, R., & Wilde, D. (2019). A loneliness epidemic? How marriage, religion, and mobility explain the generation gap in loneliness | Policy Commons. https://policycommons.net/artifacts/1295330/a-loneliness-epidemic-how-marriage-religion-and-mobility-explain-the-generation-gap-in-loneliness/1898558/
- DAK-Gesundheit. (2023). Psychische Erkrankungen bei Jugendlichen bleiben auf hohem Niveau. DAK-Gesundheit. https://www.dak.de/presse/bundesthemen/kinder-jugendgesundheit/psychische-erkrankungen-bei-jugendlichen-bleiben-auf-hohem-niveau_54000
- DBJR. (2023a). Mentale Gesundheit junger Menschen in Krisenzeiten stärken! Deutscher Bundesjugendring. https://www.dbjr.de/fileadmin/Positionen/2023/Mentale-Gesundheit-junger-Menschen-in-Krisenzeiten-staerken.pdf
- DBJR. (2023b, Oktober 5). Ministerin Paus spricht sich für KJP-Dynamisierung aus. https://www.dbjr.de/artikel/ministerin-paus-spricht-sich-fuer-kjp-dynamisierung-aus
- DBJR. (2024, Juni 26). Jugendpolitischer Austausch mit Staatssekretär Sven Lehmann. https://www.dbjr.de/artikel/jugendpolitischer-austausch-mit-staatssekretaer-sven-lehmann-1
- de Vreese, C. H., & Boomgaarden, H. (2006). News, Political Knowledge and Participation: The Differential Effects of News Media Exposure on Political Knowledge and Participation. Acta Politica, Volume 41, 317–341.
- Deinet, U., & Knopp, R. (2022). Sozialraumorientierung und Sozialraumarbeit: Zugänge zur Verbesserung der Lebensbedingungen im Alter. In: Soziale Arbeit mit alten Menschen (S. 685–699). Springer VS. https://doi.org/10.1007/978-3-658-37573-7_40
- Deutsche Bundesbank. (2023). Vermögen und Finanzen privater Haushalte in Deutschland: Ergebnisse der Vermögensbefragung 2021 [Monatsbericht]. https://www.bundesbank.de/resource/blob/908138/5fa52fcaa9ad19972391d3c8c1bb82ce/mL/2023-04-vermoegensbefragung-data.pdf
- Deutscher Bundestag. (2016). Bundestag entscheidet "Nein heißt Nein". Deutscher Bundestag. https://www.bundestag.de/webarchiv/textarchiv/2016/kw27-de-selbstbestimmung-434214#:~:text=Der%20Straftatbestand%20der%20sexuellen%20Bel%C3%A4stigung&text=Laut%20Begr%C3%BCndung%20handelt%20demnach%20strafbar,zwei%20Jahren%20oder%20eine%20Geldstrafe.
- Deutscher Bundestag. (2023). Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Stärkung von Maßnahmen zur Demokratieförderung, Vielfaltgestaltung, Extremismusprävention und politischen Bildung (Demokratiefördergesetz DFördG) (Drucksache 20/5823). https://dserver.bundestag.de/btd/20/058/2005823.pdf
- Deutscher Ethikrat. (2022). Pandemie und psychische Gesundheit: Aufmerksamkeit, Beistand und Unterstützung für Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene in und nach gesellschaftlichen Krisen [Ad-Hoc-Empfehlung]. https://www.ethikrat.org/fileadmin/Publikationen/Ad-hoc-Empfehlungen/deutsch/ad-hoc-empfehlung-pandemie-und-psychische-gesundheit.pdf



- Deutsches Ärzteblatt. (2024, Februar 28). Wartezeiten in der Psychotherapie kürzer als bisher angenommen. https://www.aerzteblatt.de/nachrichten/149637/Wartezeiten-in-der-Psychotherapie-kuerzer-als-bisher-angenommen#:~:text=Die%20Bundespsychotherapeutenkammer%20ermittelte%20in%20ihrer,%C3%A4rztlichen%20und%20psychologischen%20Psych otherapeuten%20auf
- Deutsches Komitee für UNICEF. (2019). Deutschlandweite UNICEF-Umfrage: My Place, My Rights Jetzt rede ich! https://www.unicef.de/ cae/resource/blob/203746/746153b4bb4c0d0a027f7fc09d11b7af/report-umfrage-pdf-data.pdf
- Deutschlandfunk. (2024, März 21). Das Demokratiefördergesetz liegt auf Eis. Deutschlandfunk. https://www.deutschlandfunk.de/demokratiefoerdergesetz-100.html
- Die Bundesregierung. (2022, Dezember 14). Die Demokratie verteidigen [Post]. https://www.bundesregierung.de/breg-de/aktuelles/extremismuspraevention-2153684
- Diehl, K., Jansen, C., Ishchanova, K., & Hilger-Kolb, J. (2018). Loneliness at Universities: Determinants of Emotional and Social Loneliness among Students. International Journal of Environmental Research and Public Health, 15(9), Article 9. https://doi.org/10.3390/ijerph15091865
- DIMR. (2024). Ein Meilenstein: EU-Richtlinie zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt. Deutsches Institut für Menschenrechte. https://www.institut-fuer-menschenrechte.de/aktuelles/detail/einmeilenstein-eu-richtlinie-zur-bekaempfung-von-gewalt-gegen-frauen-und-haeuslicher-gewalt
- DJI. (2024). Zahlen Daten Fakten Jugendgewalt. https://www.dji.de/fileadmin/user_upload/jugendkriminalitaet/Zahlen-Daten-Fakten-Jugendgewalt_Mai_2024.pdf
- DJO. (2023, April 3). Jugendverbandsarbeit in der Polykrise stärken. Deutsche Jugend in Europa. https://djo.de/blog/2023/04/03/jugendverbandsarbeit-in-der-polykrise-staerken/#:~:text=Kriege%2C%20Naturkatastrophen%2C%20Rassismus%2C%20jegliche,denen%20sich%20Jugendverb%C3%A4nde%20konfrontiert%20sehen
- Döbele, C., Engels, J. N., Heinrich, R., Loew, N., Schläger, C., Simon, A. M., & Vitt, A.-K. (2023). Krisenerwachsen: Wie blicken junge Wähler:innen auf Politik, Parteien und Gesellschaft? Friedrich-Ebert-Stiftung.
- Entringer, T. (2022). Epidemiologie von Einsamkeit in Deutschland. Kompetenznetz Einsamkeit, KNE Expertise (4/2022). https://kompetenznetz-einsamkeit.de/publikationen/kne-expertisen/kne-expertise-04-entringer
- Europäische Kommission. (2020). Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen: Europäische Kompetenzagenda für nachhaltige Wettbewerbsfähigkeit, soziale Gerechtigkeit und Resilienz (52020DC0274). Europäische Union. https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:52020DC0274&from=EN
- Feierabend, S., Rathgeb, T., Kheredmand, H., & Glöckler, S. (2023). JIM-Studie 2023: Jugend, Information Medien. https://www.mpfs.de/fileadmin/files/Studien/JIM/2022/JIM_2023_web_final.pdf
- Fischer, M. (2022). Einsamkeit unter LSBTQI* Menschen: Gesellschaftliche Entfremdung, soziale Ausgrenzung und Resilienz (07/2022; KNE Expertise). https://kompetenznetz-einsamkeit.de/wp-content/uploads/2022/07/KNE_Expertise07_220711.pdf
- Freiwald, B. (2022, März 28). Wo wir die Demokratie verlernen? In der Schule! Krautreporter. https://krautreporter.de/kinder-und-bildung/3184-wo-wir-die-demokratie-verlernen-in-der-schule
- Funcke, A., & Menne, S. (2023). Kinder- und Jugendarmut in Deutschland. BertelsmannStiftung. https://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/Projekte/Familie_und_Bildung/Factsheet_BNG_Kinder-_und_Jugendarmut_2023.pdf
- Geisen, T., Widmer, L., & Yang, A. (2022). Migration und Einsamkeit: Resultate eines systematischen Literaturreviews (06/2022; KNE Expertise). https://kompetenznetz-einsamkeit.de/download/5845/?tmstv=1691577731
- Gorczynski, P., & Fasoli, F. (2022). Loneliness in sexual minority and heterosexual individuals: A comparative meta-analysis. Journal of Gay & Lesbian Mental Health, 26(2), 112–129. https://doi.org/10.1080/19359705.2021.1957742
- Görtz, R. von, & Langness, A. (2024). Jung. Kritisch. Demokratisch. Perspektiven junger Erwachsener auf die Herausforderungen unserer Zeit. https://doi.org/10.11586/2024007



- Grobecker, C., Krack-Roberg, E., Pötzsch, O., & Sommer, B. (2021). Bevölkerung und Demografie: Bevölkerungsstand und Bevölkerungsentwicklung. In: Datenreport 2021 (S. 11–49). Destatis.
- Groos, A. C. (2024, Mai 3). 30 Jahre alt und einsam. Süddeutsche Zeitung. https://www.sueddeutsche.de/projekte/artikel/jetzt/einsamkeit-junge-menschen-grossstadt-e090571/
- Grübel, H., & Dittmar, B. (2024). Zusammen stark: "Generationen können voneinander lernen und sich guttun" [Bundesprogramm Mehrgenerationenhaus]. https://www.mehrgenerationenhaeuser.de/newsletter/gemeinsam-statt-einsam-wie-mehrgenerationenhaeuser-einsamkeit-begegnen/zusammen-stark-unser-wichtigstesziel-ist-es-kinder-und-familienarmut-zu-bekaempfen
- Hanke, K., Hofmann, H., Kamp, U., Krüger, T., Mischko, T., & Ohlmeier, N. (2024). Kinderreport 2024: Demokratiebildung in Deutschland. Deutsches Kinderhilfswerk e.V.
- Helsingborgshem. (2024). SällBo. https://www.helsingborgshem.se//sok-ledigt/boendeformer/sallbo
- Holt-Lunstad, J., Smith, T. B., Baker, M., Harris, T., & Stephenson, D. (2015). Loneliness and Social Isolation as Risk Factors for Mortality: A Meta-Analytic Review. Perspectives on Psychological Science, 10(2), 227–237. https://doi.org/10.1177/1745691614568352
- Hörnle, T. (2024). Keine Blockade, sondern eine Frage der Kompetenz. https://doi.org/10.59704/fd42de0fa871e449
- IMA. (2023). Abschlussbericht. https://www.bmfsfj.de/resource/blob/214866/fbb00bcf0395b4450d1037616450cfb5/ima-abschlussbericht-gesundheitliche-auswirkungen-auf-kinder-und-jugendliche-durch-corona-data.pdf
- Janson, M. (2024). Angriffe auf die Politik haben wieder zugenommen. Statista. https://de.statista.com/infografik/32213/anzahl-von-angriffen-auf-parteirepraesentantinnen-und-parteieinrichtungen-in-deutschland/
- Jude, N., Klusmann, U., Selcik, F., Sichma, A., Richter, D., & Wolf, D. (2024). Deutsches Schulbarometer Befragung Lehrkräfte 2024. Robert Bosch Stiftung. https://www.bosch-stiftung.de/de/publikation/deutsches-schulbarometer-befragung-lehrkraefte-2024
- Karakayali, J. (2018). Wie sinnvoll sind Vorbereitungsklassen? Deutsches Schulportal der Robert Bosch Stiftung. https://deutsches-schulportal.de/expertenstimmen/gefluechtete-wie-sinnvoll-sind-vorbereitungsklassen/
- Karakayali, J., & Heller, M. (2020). Neu zugewanderte Schüler*innen: Wie Vorbereitungsklassen zur Chance werden können (August 2020). Mediendienst Integration. https://mediendienst-integration.de/fileadmin/Dateien/Expertise_Mediendienst_Vorbereitungsklassen_2020.pdf
- Karakayali, J., zur Nieden, B., Kahveci, Ç., Groß, S., & Heller, M. (2017). Die Kontinuität der Separation: Vorbereitungsklassen für neu zugewanderte Kinder und Jugendliche im Kontext historischer Formen separierter Beschulung. Die Deutsche Schule, 109. Jahrgang (Heft 3), 223–235. https://doi.org/10.25656/01:25881
- Kersten, J., Neu, C., & Vogel, B. (2022). Das Soziale-Orte-Konzept: Zusammenhalt in einer vulnerablen Gesellschaft. transcript Verlag. https://doi.org/10.1515/9783839457528
- Kersten, J., Neu, C., & Vogel, B. (2024). Einsamkeit und Ressentiment. Hamburger Edition. https://www.hamburger-edition.de/buecher-e-books/artikel-detail/einsamkeit-und-ressentiment/?ai%5Baction%5D=detail&ai%5Bcontroller%5D=Catalog&ai%5Bd_name%5D=einsamkeit-und-ressentiment&ai%5Bd_pos%5D=
- KLIMA° vor acht. (2024). Über das Projekt "KLIMA° vor acht" [Post]. KLIMA° vor acht. https://klimavoracht.de/projekt/
- KMK. (2018). Demokratie als Ziel, Gegenstand und Praxis historisch-politischer Bildung und Erziehung in der Schule. https://www.kmk.org/fileadmin/Dateien/pdf/PresseUndAktuelles/2018/Beschluss_Demokratieerziehung.pdf
- Knoke, A., & Wieland, C. (2023). Optimistisch aber systemkritisch: Der Übergang von der Schule in den Beruf im Stimmungsbild junger Menschen.
- Körber-Stiftung, & Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung. (2023). Dritte Orte: Begegnungsräume in der altersfreundlichen Stadt.
- Krapp, A. (2010). Die Bedeutung von Interessen für die Lernmotivation und das schulische Lernen eine Einführung. In: I. Hemmer & M. Hemmer (Hrsg.), Schülerinteresse an Themen, Regionen und Arbeitsweisen des Geographieunterrichts (Bd. 46, S. 9–19). Hochschulverband für Geographie und ihre Didaktik e.V.



- Krüger, C., Jagusch, B., Gille, C., & Wéber, J. (2022). Extrem rechte Einflussnahmen auf die Soziale Arbeit. Sozial Extra, 46, 264–268.
- Kultusministerkonferenz. (2019). Empfehlung: Bildungssprachliche Kompetenzen in der deutschen Sprache stärken (Beschluss der Kultusministerkonferenz vom 05.12.2019). Sekretariat der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland.
- Lachmann, P. (2022). Schüler*innen beruflicher Schulen eine polarisierte Zielgruppe? Projekterfahrungen aus dem ländlichen Raum Osthessens. Soziologiemagazin, 2–2022, 60–73.
- Leutner, D. (2021). Schulisches Lernen. In: Dorsch Lexikon der Psychologie. https://dorsch.hogrefe.com/stichwort/lernen-schulisches
- LSVD. (2024). Queerfeindliche Gewalt: Angriffe auf Lesben, Schwule, Bisexuelle, Trans- und Intergeschlechtliche sowie Queere Menschen (LSBTIQ*). Lesben- und Schwulenverband. https://www.lsvd.de/de/ct/2445-Queerfeindliche-Gewalt#wie-hoch-ist-dunkelziffer
- Luhmann, M., & Hawkley, L. C. (2016). Age differences in loneliness from late adolescence to oldest old age. Developmental Psychology, 52(6), 943–959. https://doi.org/10.1037/dev0000117
- Luhmann, M., Brickau, D., Schäfer, B., Mohr, P., Schmitz, M., Neumann, A., & Steinmayr, R. (2023). Einsamkeit unter Jugendlichen in Nordrhein-Westfalen nach der Pandemie. https://broschuerenservice.mkffi.nrw/stk-lpa4/shop/Einsamkeit_unter_Jugendlichen_in_Nordrhein-Westfalen_nach_der_Pandemie
- Lyu, Y., & Forsyth, A. (2022). Planning, Aging, and Loneliness: Reviewing Evidence About Built Environment Effects. Journal of Planning Literature, 37(1), 28–48. https://doi.org/10.1177/08854122211035131
- Manthe, R. (2024). Demokratie fehlt Begegnung. transcript Verlag.
- Mehl, S. (2020). Was sind die Folgen von Mobbing? In Mobbing an Schulen: Maßnahmen zur Prävention, Intervention und Nachsorge (S. 113–129).
- MKW NRW. (2023). Merkmale eines Dritten Ortes 2023. https://www.mkw.nrw/system/files/media/document/file/anlage_2_zur_ausschreibung_merkmale_dritte_orte.pdf
- Möllers, C. (2020). Demokratie dauerhaft fördern: Kompetenzrechtliche Vorgaben für ein Demokratiefördergesetz des Bundes. Das Progressive Zentrum. https://www.progressives-zentrum.org/publication/demokratiedauerhaft-foerdern-kompetenzrechtliche-vorgaben-fuer-ein-demokratiefoerdergesetz-des-bundes/
- NA beim BIBB (Hrsg.). (2023). Skills for Life Wissen erweitern, Potenziale entfalten. Nationale Agentur Bildung für Europa beim Bundesinstitut für Berufsbildung.
- Neu, C. (2023). Generationenübergreifendes bürgerschaftliches Engagement für Zukunftsthemen in Kommunen: Potenziale der verschiedenen Altersgruppen im Blick (Discussion Paper 17; Population and Policy). Population Europe Secretariat. https://population-europe.eu/files/documents/pe_dp_neu_2022_02_27.pdf
- Neu, C., Küpper, B., & Luhmann, M. (2023). Extrem einsam? Die demokratische Relevanz von Einsamkeitserfahrungen unter Jugendlichen in Deutschland. https://www.progressives-zentrum.org/wp-content/uploads/2023/02/Kollekt_Studie_Extrem_Einsam_Das-Progressive-Zentrum.pdf
- Noack, M. (2024). Demokratieförderung im Kontext von Einsamkeit Sozialarbeitswissenschaftliche Perspektiven auf den Methodenkoffer gegen Einsamkeit. In: N. Poitzmann & M. Weiser (Hrsg.), Methodenkoffer gegen Einsamkeit Eine Methodensammlung im Themenfeld Einsamkeit und Demokratiedistanzierung für die Jugendarbeit (S. 11–17). Das Progressive Zentrum. https://www.progressives-zentrum.org/publication/methodenkoffer-gegen-einsamkeit/
- OECD. (2023). PISA 2022 Ergebnisse (Band I): Lernstände und Bildungsgerechtigkeit. https://doi.org/10.3278/6004956w
- Oldenburg, R. (1989). The Great Good Place: Cafés, Coffee Shops, Community Centers, Beauty Parlors, General Stores, Bars, Hangouts, and how They Get You Through the Day. Paragon House.
- Orth, M. (2024, Juni 21). Bunte Republik Deutschland. deutschland.de. https://www.deutschland.de/de/topic/leben/diversity-in-deutschland-zahlen-und-fakten#:~:text=50%20Prozent%20der%20Menschen%20in,Deutschland%20geh%C3%B6ren%20keiner%20Religionsgemeinschaft%20an.



- Ortmanns, V., Huntemann, H., Lux, T., & Bachem, A. (2023). Volkshochschul-Statistik (60. Folge, Berichtsjahr 2021). DIE. 10.3278/I73514
- Park, C., Majeed, A., Gill, H., Tamura, J., Ho, R. C., Mansur, R. B., Nasri, F., Lee, Y., Rosenblat, J. D., Wong, E., & McIntyre, R. S. (2020). The Effect of Loneliness on Distinct Health Outcomes: A Comprehensive Review and Meta-Analysis. Psychiatry Research, 294, 113514. https://doi.org/10.1016/j.psychres.2020.113514
- Potz, P., & Scheffler, N. (2023). Integrierte Stadtentwicklung und Einsamkeit (KNE Expertise 14/2023). Kompetenznetz Einsamkeit.
- Putnam, R. D. (2007). E Pluribus Unum: Diversity and Community in the Twenty-first Century The 2006 Johan Skytte Prize Lecture. Scandinavian Political Studies, 30(2), 137–174. https://doi.org/10.1111/j.1467-9477.2007.00176.x
- Quent, M. (2014). Der "Volkstod" und die Übriggebliebenen: Rechtsradikale Angebote und Machtgewinne in abdriftenden und dörflichen Regionen. Berliner Debatte Initial, Jg. 25(H. 1), 40–53.
- Rabe-Menssen, C. (2022). Patientenanfragen während der Corona-Pandemie 2022. Deutsche Psychotherapeuten Vereinigung. https://www.dptv.de/fileadmin/Redaktion/Bilder_und_Dokumente/Wissensdatenbank_oeffentlich/Umfragen/DPtV_Umfrage_Corona-Pandemie_Oktober_2022.pdf
- Räuchle, C., & Berding, U. (2020). Freiräume als Orte der Begegnung. Standort, Volume 44, 86–92. https://doi.org/10.1007/s00548-020-00646-x
- Ravens-Sieberer, U., Kaman, A., Otto, C., Adedeji, A., Napp, A.-K., Becker, M., Blanck-Stellmacher, U., Löffler, C., Schlack, R., Hölling, H., Devine, J., Erhart, M., & Hurrelmann, K. (2021). Seelische Gesundheit und psychische Belastungen von Kindern und Jugendlichen in der ersten Welle der COVID-19-Pandemie Ergebnisse der COPSY-Studie. Bundesgesundheitsblatt Gesundheitsforschung Gesundheitsschutz, 64(12), 1512–1521. https://doi.org/10.1007/s00103-021-03291-3
- Reisner, L., & Ilg, W. (2022). Auswirkungen der Coronapandemie auf jugendverbandliche Freizeitmaßnahmen. Eine bundesweite Erhebung des Deutschen Bundesjugendrings. Deutscher Bundesjugendring.
- Richter, H., & Ulrich, B. (2024a). Demokratie und Revolution: Wege aus der selbstverschuldeten ökologischen Unmündigkeit (1. Auflage). Kiepenheuer & Witsch.
- Richter, H., & Ulrich, B. (2024b, April 16). Revolution. ZEIT Online. https://www.zeit.de/2024/16/demokratie-und-revolution-krisen-rechtsruck
- Robertson, D. (2020, September 15). "It's like family": The Swedish housing experiment designed to cure loneliness. The Guardian. https://www.theguardian.com/world/2020/sep/15/its-like-family-the-swedish-housing-experiment-designed-to-cure-loneliness
- Rojcewicz, S. J. (1971). War and Suicide*. Suicide and Life-Threatening Behavior, 1(1), 46–54. https://doi.org/10.1111/j.1943-278X.1971.tb00598.x
- Schäfer, S., & Schemer, C. (2023). Informed participation? An investigation of the relationship between exposure to different news channels and participation mediated through actual and perceived knowledge. Frontiers in Psychology, Volume 14. https://doi.org/10.3389/fpsyg.2023.1251379
- Schmidhuber, M. (2020). Mehr-Generationen-Wohnen als Zukunftsmodell: Gemeinschaft und Fürsorge in vulnerablen Situationen wider einsam-machende Lebensformen. Grazer theologische Perspektiven, 3:1, 145–165. https://doi.org/10.25364/17.3:2020.1.7
- Schmitz, J. (2024, Januar 12). Warum Schule Bildung und Wohlbefinden zusammen denken muss (B. Klar) [Robert Bosch Stiftung]. https://www.bosch-stiftung.de/de/storys/warum-schule-bildung-und-wohlbefinden-zusammen-denken-muss-0
- Schnetzer, S., Hampel, K., & Hurrelmann, K. (2023). Jugend in Deutschland Trendstudie 2023 mit Generationenvergleich. https://simon-schnetzer.com/blog/veroeffentlichung-trendstudie-jugend-in-deutschland-2023/
- Schnetzer, S., Hampel, K., & Hurrelmann, K. (2024). Trendstudie Jugend in Deutschland 2024: Verantwortung für die Zukunft? Ja, aber. https://simon-schnetzer.com/trendstudie-jugend-in-deutschland-2024/
- Schobin, J. (2022). Einsamkeit, Gesellschaft und Demokratie: Einstellungen und Teilhabe (11/2022; KNE Expertise). https://kompetenznetz-einsamkeit.de/download/2872/



- Schobin, J., Arriagada, C., & Gibson-Kunze, M. (2024). Einsamkeitsbarometer 2024. https://www.bmfsfj.de/bmfsfj/service/publikationen/einsamkeitsbarometer-2024-237576
- Schulz, A. (2022). Junge Erwachsene und öffentlich-rechtliche Nachrichtenangebote online Nutzung, Vertrauen und Erwartungen an Objektivität und Unparteilichkeit. In F. Gerlach & C. Eilders (Hrsg.), #meinfernsehen2021 Bürgerbeteiligung: Wahrnehmungen, Erwartungen und Vorschläge zur Zukunft öffentlich-rechtlicher Medienangebote (S. 157–171). https://doi.org/10.5771/9783748928690
- Schulz, W., Ainley, J., Fraillon, J., Kerr, D., & Losito, B. (2010). ICCS 2009 International Report: Civic knowledge, attitudes, and engagement among lower-secondary school students in 38 countries. International Association for the Evaluation of Educational Achievement. https://www.iea.nl/sites/default/files/2019-04/ICCS_2009_International_Report.pdf
- Schwarz, S. (2023). Skills for Life: Lässt sich das gelungene Leben lernen und lehren? In: Nationale Agentur Bildung für Europa beim Bundesinstitut für Berufsbildung (Hrsg.), Skills for Life Wissen erweitern Potenziale entfalten (S. 6–8).
- Schwichtenberg, L., Schröder, K., & Seberich, M. (2024). Jung und einsam Internationale Perspektiven für ein neues politisches Handlungsfeld. https://doi.org/10.11586/2024073
- Schwickert, D. (2020). Warum dieses Gutachten (und warum jetzt)? In: Das Progressive Zentrum (Hrsg.), Demokratie dauerhaft fördern Kompetenzrechtliche Vorgaben für ein Demokratiefördergesetz des Bundes. https://www.progressives-zentrum.org/publication/demokratie-dauerhaft-foerdern-kompetenzrechtliche-vorgaben-fuer-ein-demokratiefoerdergesetz-des-bundes/
- SPD, Grüne, & FDP. (2021). Mehr Fortschritt wagen. Bündnis für Freiheit, Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit. Koalitionsvertrag 2021-2025 zwischen der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD), Bündnis 90 / Die Grünen und den Freien Demokraten (FDP).
- Statistisches Bundesamt. (2023). Psychische Erkrankungen waren 2021 die häufigste Ursache für Krankenhausbehandlungen von 10- bis 17-Jährigen (Pressemitteilung Nr. N042). Destatis. https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2023/07/PD23_N042_231.html
- Statistisches Bundesamt. (2024). Wo bleibt die Zeit? Ergebnisse zur Zeitverwendung in Deutschland 2022 (e). Destatis. https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Einkommen-Konsum-Lebensbedingungen/Zeitverwendung/Ergebnisse/ inhalt.html#:~:text=Unter%20den%20Frauen%20sind%20die,65%20Jahren%20mit%20rund%208%20%25
- Steinmayr, R., Schmitz, M., & Luhmann, M. (2024). Wie einsam sind junge Erwachsene im Jahr 2024? Ergebnisse einer repräsentativen Umfrage. https://doi.org/10.11586/2024085
- TUI Stiftung. (2024). Junges Europa 2024: So denken Menschen zwischen 16 und 26 Jahren.
- UBSKM. (2024). Signale, Symptome und Folgen von sexuellem Missbrauch. Unabhängige Beauftragte für Fragen des sexuellen Kindesmissbrauchs der Bundesregierung. https://beauftragte-missbrauch.de/themen/definition/symptome-und-signale
- Unabhängige Kommission zur Aufarbeitung sexuellen Kindesmissbrauchs. (2019). Bilanzbericht 2019. Unabhängige Kommission zur Aufarbeitung sexuellen Kindesmissbrauchs.
- vhs (Hrsg.). (2023). dis.kurs Das Magazin der Volkshochschulen (Ausgabe 1/2023). vhs.
- Vodafone Stiftung. (2024). Junge Stimmen, starke Wirkung? Wie Jugendliche Freiheit in unserer Gesellschaft erleben.
- Weisband, M. (2024). Die neue Schule der Demokratie. S. Fischer.
- WHO. (1997). Life Skills Education for Children and Adolescents in Schools-Introduction and Guidelines to Facilitate the Development and Implementation of Life Skills Programmes (WHO/MNH/PSF/93.7 A.Rev.2). World Health Organization.
- Witte, J., Zeitler, A., Hasemann, L., & Diekmannshemke, J. (2023). DAK Kinder- und Jugendreport 2023: Gesundheit und Gesundheitsversorgung während und nach der Pandemie. DAK-Gesundheit. https://www.dak.de/dak/unternehmen/reporte-forschung/dak-kinder-und-jugendreport-2023_45524#rtf-anchor-downloads-gesamt-report
- Wundersee, P. (2022, Oktober 4). Arbeitsmarkt braucht viel mehr Zuwanderer. tagesschau. https://www.tagesschau.de/wirtschaft/konjunktur/fachkraeftemangel-arbeitsmarkt-zuwanderung-101.html







IMPRESSUM

Alle Rechte vorbehalten. Abdruck oder vergleichbare Verwendung von Arbeiten des Progressiven Zentrums auch in Auszügen ist nur mit vorheriger schriftlicher Genehmigung gestattet.

© Das Progressive Zentrum e.V., 2024

Veröffentlicht im Oktober 2024

V.i.S.d.P.: Dominic Schwickert c/o Das Progressive Zentrum e.V. Werftstraße 3, 10577 Berlin

www.progressives-zentrum.org mail@progressives-zentrum.org

Vorstand: Prof. Dr. Wolfgang Schroeder, Judith Siller, Joachim Knodt Geschäftsführung: Dominic Schwickert & Paulina Fröhlich

Vorsitzende des wissenschaftlichen Beirats: Prof. Dr. Anke Hassel

Design, Layout & Satz: Daniel Menzel









Bildnachweise:

S. 1, 4, 9, 11, 13, 18 u., 26, 34, 37: Das Progressive Zentrum

S. 2, 28, 33, 37, 45, 47: Florian Reichelt

S. 15: Lars Borges

S. 18 o.: Maximilian König

S. 22: studioline Photography

S. 23: Benjamin Jenack

S. 27: Bernhardt Link / farbtonwerk.de

S. 29: Sio Motion







